Nr. 154. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfg. Postbezug: Monatlich, vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die 6gespaltene Kolonelzeile kostet 60 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 40 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Freitag, den 7. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Deutsche U-Boote an der Küste Amerikas.

Kämpfe westlich und südwestlich Soissons — Französisches Zerstörungsfeuer gegen Chateau-Thierry — Seit 27. Mai über 55 000 Gefangene, über 650 Geschütze.

Berlin, 6. Juni 1918, abends. Amtlich.

An der Schlachtfront örtliche Kämpfe nordwestlich von Chateau-Thierry und an der Ardre.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Artillerietätigkeit wechselnder Stärke. Mehrfach brachten Erkundungsgefechte Gefangene ein.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Schlachtfront ist die Lage unverändert. Oertliche Kampfhandlungen westlich von Pontoise, nördlich der Aisne und am Savières-Grunde brachten uns in den Besitz feindlicher Erdwerke und Gräben. Der Artilleriekampf war vielfach lebhaft. Chateau-Thierry lag unter anhaltendem Zerstörungsfeuer der Franzosen.

Die Beute der Heeresgruppe deutscher Kronprinz seit dem 27. Mai beträgt nach bisherigen Feststellungen:

mehr als 55 000 Gefangene, darunter über 1500 Offiziere,
mehr als 650 Geschütze und weit über 2000 Maschinengewehre.

In den beiden letzten Tagen wurden 46 feindliche Flugzeuge und 4 Fesselballone zum Absturz gebracht. Jagdgeschwader Richthofen schoß gestern 15 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold und Leutnant Menkhoff errangen ihren 31., Leutnant Löwenhardt seinen 27., Leutnant Udet seinen 26., Leutnant Kirstein seinen 21. und 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

An der Tiroler- und Piavefront andauernde Artilleriekämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Deutsche U-Boote torpedieren an der amerikanischen Küste.

Etwa fünfzehn amerikanische Schiffe versenkt.

Washington, 5. Juni. (Reuter.) Das Flottendepartement hat die amtliche Nachricht erhalten, daß an der amerikanischen Küste ein Dampfer und drei amerikanische Schuner von Unterseebooten versenkt worden sind. Berichte aus New York besagen, daß bei den Versenkungen zwei Unterseeboote beteiligt gewesen und die Schiffe wahrscheinlich an der Küste von New England und New Jersey verlorengegangen sind.

Amsterdam, 6. Juni. Nach einer Reutermeldung aus New York wird angenommen, daß etwa fünfzehn amerikanische Schiffe, darunter zwei Dampfer, von Unterseebooten an der Nordatlantischen Küste seit dem 25. Mai versenkt worden sind. Der größte Dampfer, das

Passagierschiff Carolina,

der Porto-Rico-Linie wurde 25 Meilen südwestlich von Sandy-Hook angegriffen. Die Carolina meldete am Abend des 2. Juni durch Funkspruch, daß sie von einem Unterseeboot angegriffen wurde. Ein zweiter Funkspruch besagte, daß sie beschossen wurde und daß die Passagiere in die Boote gingen. Die Carolina hatte 220 Fahrgäste und 120 Mann Besatzung an Bord, von denen 58 Personen vermißt werden, einschließlich von 16 Personen, die durch das Kentern eines Bootes ertranken; die übrigen sind gelandet.

Der Kapitän des Schuners Edward H. Cole berichtet, daß sein Schiff am Sonntagabend von einem

etwa 200 Fuß langen Unterseeboot,

welches zwei große und ein kleines Geschütz führte, angegriffen wurde. Er habe deutlich das Sehrohr eines zweiten Unterseebootes wahrgenommen, welches einen herankommenden amerikanischen Dampfer verfolgte. Der Dampfer habe sich mit Volldampf davongemacht. Die Besatzung der Cole wurde von einem amerikanischen Hilfsschiff aufgenommen, welches von einem Unterseeboot verfolgt wurde, dem es aber gelang, einen Hafen zu erreichen.

Die Tegel mit einer Ladung von Portorico nach New York wurde am Sonntag 60 Meilen von der Küste versenkt. Das Unterseeboot gab drei Schüsse ab. Der deutsche Kommandant kam an Bord und befahl der Besatzung, das Schiff zu verlassen. Dann legte er eine Bombe auf dem Schiff nieder, wodurch es in die Luft gesprengt wurde. Die 36 Mann starke Besatzung wurde ihren eigenen Hilfsmitteln ohne Nahrung und Wasser überlassen. Sie wurde später von einem Küstenwachschiff aufgenommen und in Atlantic City gelandet.

Nicht zum erstenmal tauchen deutsche U-Boote an der amerikanischen Küste auf. Das erstemal liegt fast zwei Jahr zurück, aber es hatte noch keinen kriegerischen Zweck. Nachdem im Sommer 1916 das Handelstauchboot Deutschland die Fahrt ausgeführt und somit die Deutlichkeit einer energischen Tat bewiesen hatte, daß der englische Blockakrieg gegen Deutschland durchaus nicht vollkommen war, erreichte Anfang Oktober auch ein Kriegs-U-Boot den Ozean — in 17 Tagen — und brachte dem deutschen Botschafter Bernstorff ein politisches Schreiben für den Präsidenten Wilson. Später näherten andere U-Boote sich der amerikanischen Küste in Erfüllung ihrer Kriegsaufgabe. Das war noch vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg. Die Aktionsweite der U-Boote war erheblich gewachsen. Nun wiederholt sich, was damals als möglich erwiesen wurde, in einer regelrechten Offensive, um den gewaltigen, täglich in großen Ziffern in die Welt gedrahteten Anstrengungen der Vereinigten Staaten in puncto alliierter Kriegshilfe ein Echo zu geben.

Daß dieses Echo in den Vereinigten Staaten einigermaßen Erregung bewirkt, wird man aus der plötzlich herandrängenden Woge von Nachrichten schließen dürfen. Die amtlichen Stellen haben alsbald die üblichen Kriegssicherungen der Küste veranlaßt. Die Küste muß verdunkelt bleiben, die Feuer auf Coney Island und anderen Küstenstationen sind gelöscht worden, was natürlich für die Schiffahrt eine erhebliche Hemmung bedeutet, und nach den Londoner Blättern ist der New Yorker Hafen geschlossen worden. Im Zusammenhang mit der Küstenverdunkelung sind auch die Lichtreklamen auf dem New Yorker Broadway verboten worden. Die Gebäude, in denen Licht gebrannt wird, müssen nach außen abgeblendet werden. Gründe für diese Maßnahmen sind nicht angegeben worden, aber wahrscheinlich haben sie, wie Reuter meldet, den Zweck, mögliche Luftangriffe der Deutschen zu verhindern. Wenn diese Maßnahmen die ausbrechende Unruhe in der Bevölkerung selbstredend steigern werden, wird nun von den amtlichen Stellen allerlei

Beruhigungsarbeit

geleistet werden. Darauf deuten folgende Meldungen hin:

Washington, 6. Juni. (Reuter.) Die Unterseebootsangriffe in amerikanischen Gewässern standen in der heutigen Sitzung des Wilsonschen Kriegskabinetts zur Besprechung. Hoover teilte später mit, daß die Lebensmittelversorgung des Heeres über See durch die feindlichen Angriffe nicht gefährdet werde.

Die Zeitungskorrespondenten aus Washington berichten nach New Yorker Reutermeldung vom Mittwoch, daß nach allgemeiner Ansicht der amtlichen Kreise U-Bootfahrten nach der amerikanischen Küste den Zweck haben, die Zurückberufung eines Teiles der amerikanischen Flotte von anderswo zu veranlassen. Wenn dem so sei, werde Deutschland sich irren. Wie verlautet, hat der Marinesekretär Daniels der Flottenkommission des Repräsentantenhauses mitgeteilt, daß die Verteidigungsanlagen an der Atlantischen Küste vollständig ausreichend seien und man keine Schiffe aus der Kriegszone zurückzuberufen brauche. Die Blätter sind darüber einig, daß die Angriffe die geregelte Truppenbeförderung und die Schiffahrt über den Atlantischen Ozean nicht behindern werden. „New York Times" schreibt, die Deutschen hätten keinen sichereren Weg wählen können, die Kriegsstimmung der Amerikaner anzufachen.

Zwischen Marne und Reims.

Berlin, 6. Juni. (W. T. B.) An der Front zwischen der Marne und Reims setzten die Franzosen ihre fieberhaften Anstrengungen fort, das waldige Höhengelände zu sichern. Während sie im Zentrum, wo die Deutschen am weitesten vorgedrungen sind, daran arbeiten, das Bois de Cohelle zu verbrahten, versuchten sie an dem an die Marne angelehnten Flügel, ihre Linien vorzuschieben. Ihr handstreichartiger Ueberfall am Morgen des 5. Juni scheiterte jedoch ebenso, wie ein Angriff auf die deutschen Postierungen von Berneuil. Das französische Artilleriefeuer, das mit weittragenden Batterien bis über die Vesle langt und bereits angefangen hat, die noch unzerstörten Orte in Trümmer zu schießen, ließ am 5. infolge der Bekämpfung durch die deutschen Batterien wesentlich an Heftigkeit nach. Deutscherseits wurde Bahn- und Straßenverkehr hinter der französischen Front gestört. Der Bahnhof Jouy wurde in Brand geschossen. Am südlichen Teil von Reims konnten mehrere große Explosionen und Brände beobachtet werden. In den Fliegerschuppen nördlich Bouja-court wurden noch zwei unzerstörte französische Flugzeuge festgestellt.

Zur Kritik der neuen Steuervorlagen.

Bei Beurteilung der Aussprache des Deutschen Reichstages über die Steuervorlagen muß man berücksichtigen, daß die Abgeordneten die Vorlage fünf Tage vor Eintritt in die erste Lesung zugestellt bekommen haben. Umsomehr aber, als es der Regierung gelungen ist, die sachverständige Kritik in dem hohen Hause für die erste Lesung zu beschränken, tut es not, dieser Kritik außerhalb des Reichstags zum Wort zu verhelfen.

Als einer der berufensten Kritiker verdient in diesem Falle der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Dr. Kuczynski, genannt zu werden.

Kuczynski hat bereits im Juli 1917 in der „Deutschen Gesellschaft 1914" ein Finanzprogramm aufgestellt, das zunächst 45 Milliarden durch eine Vermögensabgabe, und an laufenden Einnahmen jährlich — 250 Millionen Vermögenszuwachssteuer, 700 Millionen Erbschaftssteuer, 650 Millionen Reichspflichtteil, 3650 Millionen Einkommensteuer, insgesamt: $5^1/_4$ Milliarden erbringen könnte.

Hierzu käme eine zehn Jahre nach der ersten Erhebung der Vermögensabgabe in Kraft tretende Vermögenssteuer, deren Ertrag Kuczynski auf $^1/_2$ Milliarde jährlich schätzt.

Der „Unterausschuß für Finanzen" von der „Kriegswirtschaftlichen Vereinigung", dessen Vorsitzender Kuczynski ist, hat auf Grund der vorerwähnten Vorschläge Kuczynskis ein Finanzprogramm ausgearbeitet und die „Kriegswirtschaftliche Vereinigung" hat im März d. J. eine Eingabe betreffs Beschleunigung der Reichsfinanzreform an Regierung und Reichstag gerichtet, die auf diesem Finanzprogramm fußt.

Die „Kriegswirtschaftliche Vereinigung" ist im Oktober 1917 auf Anregung von Prof. Rob. Wilbrandt gegründet worden. Zahlreiche führende Politiker sitzen in ihrem Zentralausschuß. Ihr sind korporativ angeschlossen: die Generalkommission der Gewerkschaften sowie fast alle sonstigen Arbeitnehmer- und Angestelltenverbände, die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, die Gesellschaft für Soziale Reform, Großindustrielle und Großkaufleute, jedoch keine Arbeitgeberverbände. Vorsitzender ist Prof. Dr. E. Francke. Somit steht eine der sozialpolitisch bedeutungsvollsten Organisationen auf dem Boden Kuczynskischen Vorschläge. Die „Kriegswirtschaftliche Vereinigung" hat diese Vorschläge in der Form eines Programms ihres Unterausschusses für Finanzen der Regierung und dem Reichstage zugestellt. Daß auch die rechtsstehende Presse den Ernst dieses Programms nicht verkennt, zeigt ihr Gesicht. Die Steuervorlagen der Regierung beweisen, daß sie sich über die Eingabe der „Kriegswirtschaftlichen Vereinigung" — hinter der, wie gesagt, alle großen Arbeitnehmerorganisationen stehen — wie über ein Nichts hinweggesetzt hat.

Die „Kriegswirtschaftliche Vereinigung" forderte in ihrer Eingabe, daß bei der Reichsfinanzreform vor allem Rücksicht genommen werden solle auf: 1. die Wiedergesundung des Volkskörpers, 2. den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Dazu sei erforderlich: 1. Belastung nach der Leistungsfähigkeit, 2. Vermeidung von Produktion und Absatz hemmenden Steuern.

Die Rücksicht auf die Wiedergesundung des Volkskörpers und den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft stehen aber bei den neuen Steuervorlagen der Regierung ganz im Hintergrunde. Im Vordergrunde stehen die Rücksichten auf die Wünsche der einzelstaatlichen Finanzminister und auf die Stimmung der Besitzenden. Das Reich hat mit den Bundesstaaten kein Kompromiß geschlossen, sondern es ist auf der ganzen Linie zurückgewichen und hat auf Personalsteuern von Besitz und Einkommen völlig verzichtet. Es hat aber auch darüber hinaus von dem Ausbau der Reichserbschaftssteuer abgesehen, obwohl die Bundesstaaten dem nicht widersprochen hätten, obwohl die technischen Schwierigkeiten weit geringer wären, als bei den jetzigen vorgeschlagenen Steuern, und obwohl der tatsächliche Ertrag in Verbindung mit dem Pflichtteil des Reiches weit größer wäre, als die Erträge aus der Warenumsatzsteuer, oder aus all' den Steuern auf Getränke, Postverkehr usw. in absehbarer Zeit sein können.

Die Freunde der neuen Steuervorlagen sind denn auch von dem Finanzprogramm der K. V. entsetzt und suchen es mit allen Mitteln in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Hierfür nur ein Beispiel. In dem Finanzprogramm der K. V. heißt es wörtlich: „Einkommensteuer: Steuerfrei bei jedem Steuerzahler 900 M., für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen weitere 300 M.; besteuert

(für Reich, Staat und Gemeinde zusammen) die folgenden ersten 300 M. mit 24 M., die nächsten 300 M. mit 26 M., die nächsten 300 M. mit 28 M. usw. bis zu einem Höchstbetrag von 120 M. für die neunundvierzigsten und alle weiteren 300 M." Die „Deutsche Tageszeitung" (Nr. 199) aber überschreibt eine Kritik dieses Finanzprogramms „Steuerliche Absurditäten" und behauptet, es werde darin „eine Einkommensteuer vorgeschlagen, die bereits bei 1200 M. 8 Prozent beträgt und für jede weiteren 300 M. um 2/3 Prozent steigt, bis bei einer Quote von 40 Prozent der Beharrungszustand erreicht wird. Das sind, wohl verstanden, die Vorschläge für die Reichsfinanzreform. Wovon bei Wegsteuerung von bis zu 40 Prozent Einkommen . . . die Staats- und Gemeinde-, Kreis- und Kirchensteuern bezahlt werden sollen, darüber hat man sich nicht erst lange den Kopf zerbrochen". So schreibt dieser Kritiker, trotzdem er genau weiß, daß bei einem Einkommen von 1200 M. überhaupt nur einzelstehende Personen und diese nur mit 24 M. d. J. mit 2 Proz., nicht mit 8 Proz., herangezogen werden sollen, und daß hierin bereits die Steuern von Staat und Gemeinde eingeschlossen sind.

Die freundliche Aufnahme, die die neuen Steuervorlagen der Regierung in der rechtsstehenden Presse finden, sollte die Regierung nachdenklich stimmen. Sie dürfte sich doch darüber keiner Täuschung mehr hingeben, daß diese Auslassungen nicht von der Mehrheit des Volkes getragen sind. Daß die Regierung es sich leistet, einen so wohl überlegten und von bewährten Kreisen gutgeheißenen Willensausdruck, wie die Eingabe der „Kriegswirtschaftlichen Vereinigung" einfach zu ignorieren, dürfte in manchem Vaterlandsfreunde die Sorge aufkommen lassen, daß die verantwortlichen Stellen auch die schwersten Zeichen der Zeit zu leicht nehmen könnten. Noch bleibt aber die Hoffnung, daß das Reichsschatzamt mit den für den Herbst in Aussicht gestellten neuen Vorlagen den steuerpolitischen Grundsätzen der „Kriegswirtschaftlichen Vereinigung" etwas näher kommen werde.

Die Kiewer Verhandlungen.

Der Streit um die Demarkationslinie.

Aus Kiew wird dem Ukrainischen Pressebureau gedrahtet: Am 1. Juni fand eine geschlossene Sitzung der militärischen Kommissionen zur Festlegung der Demarkationslinie für den Waffenstillstand zwischen Rußland und der Ukraine statt. Da die Plenarversammlung keine Ergebnisse hinsichtlich der Basis für diese Besprechungen ergab, entwickelte sich erneut eine heftige Polemik. Als Resultat wird festgestellt, daß beide Linien als nicht mehr bestehend für die weitere Besprechung betrachtet werden sollen. Es wird nach einem Punkte gesucht, von welchem die Verhandlungen ausgehen könnten. Die ukrainische Delegation schlägt die Grenze des Gouvernements Tschernigow als Teildemarkationslinie vor. Die Sowjetdelegation kann diese Grenze für den Anfang der Demarkationslinie nicht annehmen. Nach Kompromissen von beiden Seiten erwägt man darauf, von der Linie Donmündung—Asowsches Meer bis zur Einmündung des Donez in den Don zu beginnen. Die beiden Linien der Parteien werden besprochen und die so erhaltenen Demarkationslinien auf der Karte eingezeichnet. Die Kommissionssitzung wird abgebrochen und die weitere Beratung auf den 2. Juni vertagt.

Kiew, 5. Juni. In den ukrainisch-russischen Ausschußverhandlungen wegen Rückgabe des rollenden Eisenbahnmaterials erklären die ukrainischen Bevollmächtigten, daß von einem Austausch keine Rede sein könne, nur von bedingungsloser Rückgabe des fortgeschafften Materials. Der russische Vertreter Manuilsk entgegnete, in diesem Falle auf Rückgabe sämtlicher auf russischem Gebiet von den ukrainisch-deutschen Truppen erbeuteten Güter bestehen zu müssen, andernfalls sei als Ausgleich für den Wagenpark die Auslieferung entsprechender Mengen Getreide und Kohle, die seinerzeit von der ukrainischen Regierung zurückgehalten wurden, erforderlich. Eine Einigung wurde nicht erzielt.

Die Gegenrevolution im Dongebiet.

Rotterdam, 5. Juni. Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird der „Daily News" aus Moskau vom 29. Mai gemeldet: Im Dongebiet ist eine neue Regierung entstanden, ähnlich wie die Skoropadskis in der Ukraine. Sie behauptet, auf Grund eines im Oktober 1917 geschlossenen Vertrages die Bevölkerung des Dongebiets, vom Kuban, von Terek, Astrachan und Nordkaukasus zu vertreten. Sie ist mit anderen Worten Anhängerin der antibolschewikischen gegenrevolutionären Bewegung; an ihrer Spitze steht General Krasnow, der die Truppen Kerenskis bis zu dessen Verschwinden aus Gatschina nach dem Ausbruch der Oktoberumwälzung geführt hat.

Ueber Wien wird eine Meldung Kiewer Blätter verbreitet, wonach die Sowjetregierung des Kuban-Stawropol-Schwarzmeergebietes eine schwere Niederlage durch Kosaken erlitten habe. Einige Mitglieder der bolschewistischen Regierung sollten sogar aufgehängt worden sein. Die Nachricht ist nach Mitteilung des Berliner Bureaus der K. T. A. völlig unzutreffend. Dasselbe Bureau teilt weiter mit: Gegenwärtig tagt der dritte Kongreß der Kuban-Schwarzmeersowjets, zu dem auch Vertreter der verschiedenen nordkaukasischen Völkerschaften erschienen sind. Neun Zehntel der Bevölkerung der angegebenen Gebiete haben an den Delegiertenwahlen zu diesem Sowjetkongreß teilgenommen, ein Beweis für die Machtfülle, über die die Regierung verfügt. — Der Kongreß hat übrigens eine Resolution angenommen, die die früheren Beschlüsse, in einen unlösbaren Bund mit der Russischen Föderativ-Sowjetrepublik einzutreten, bestätigt und die Personen, die da beabsichtigen, die Unabhängigkeit des Nordkaukasus zu proklamieren, als Usurpatoren und Staatsverbrecher erklärt, die der Regierung völlig unbekannt und von niemandem beauftragt sind, über die Anerkennung der Unabhängigkeit mit fremden Mächten zu verhandeln. Welche Bedeutung danach der in Kiew eingetroffenen „Delegation" des Kuban-Schwarzmeergebiets zukommt, liegt wohl auf der Hand.

Minierarbeit der Alliierten.

Ein Pariser Telegramm von gestern teilt folgende amtliche Kundgebung mit:

Bei einer am 3. Juni in Versailles abgehaltenen Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der drei alliierten Länder Frankreich, Großbritannien und Italien wurde Einverständnis über die Abgabe folgender Erklärungen erzielt:

Polen: Die Schaffung eines einigen und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer stellt eine der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden und die Herrschaft des Rechts in Europa dar.

Tschecho-Slowaken und Süd-Slawen: Die alliierten Regierungen haben mit Genugtuung Kenntnis von der von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten abgegebenen Erklärung genommen und wünschen, sich ihr anzuschließen, wobei sie ihre lebhafte Sympathie für die freiheitlichen nationalen Bestrebungen der tschecho-slowakischen und südslawischen Völker ausdrücken.

Welchen Zweck diese „lebhaften Sympathien" haben, braucht man nicht weiter auszuführen.

Ungarn für die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland.

Unter dem Vorbehalt voller Souveränität.

Während das zerrüttete österreichische Parlament noch zum Schweigen verurteilt ist, beeilt sich das ungarische Abgeordnetenhaus mit einer Kundgebung zu der beabsichtigten Vertiefung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, eine Mahnung an den Deutschen Reichstag, sich gelegentlich wieder mit der hohen Politik zu beschäftigen!

Dem Bericht über die Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses entnehmen wir:

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung **sprach**

Graf Tisza,

um über die Vertiefung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche die öffentliche Meinung Ungarns im Abgeordnetenhause zum Ausdruck zu bringen. Er sagte, dies sei um so notwendiger, als auf der äußersten Linken einzelne Aeußerungen erfolgt seien, die Bedenken gegen eine Vertiefung dieses Bündnisses aussprachen. Das Bündnis mit dem Deutschen Reiche habe sich vom Gesichtspunkt der Sicherung der Lebensinteressen der Monarchie bewährt und auch **die Kraftprobe im Krieg bestanden.** Er sagte weiter: Wenn behauptet wird, daß das Bündnis uns zur Fortsetzung des Kampfes im Interesse unseres Verbündeten verpflichtet, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß der unmittelbare Ursprung des Weltkrieges ein eben auf die Zerstückelung der Monarchie und insbesondere Ungarns gerichteter Anschlag war. Daß wir diesen zurückweisen konnten und dadurch unsere Integrität und Zukunft sicherstellten,

verdanken wir der kraftvollen Unterstützung seitens unseres Verbündeten.

Daher können wir die Vertiefung des Bündnisses nur mit Befriedigung aufnehmen. Diese Vertiefung kann jedoch nur die international übliche Form haben.

Natürlich kann, meinte Tisza, solange die gegenwärtige Teuerung anhält, nicht an Schutzzölle gedacht werden. Aber bei der geplanten langen Dauer des Bündnisses kann sich die Konjunktur ändern, und demnach müssen für die ungarische Landwirtschaft die

Schutzzölle sichergestellt

werden, die uns die Sicherheit bieten, daß wir im Lande unseres Verbündeten weiter unsere Roherzeugnisse zu rentablen Preisen absetzen können. Dies wäre kein einseitiger Vorteil für die Landwirtschaft, da die Industrie, durch Kartelle geschützt, sich leicht schadlos halten kann, und keine einseitige Begünstigung der Landwirtschaft Ungarns, da sie auch derjenigen Deutschlands und Oesterreichs zugute kommt. Die Frage erheischt mit Rücksicht auf Rumänien und Russisch-Polen, die eine stark entwicklungsfähige Landwirtschaft haben, eine behutsame Behandlung, aber ein Wirtschaftsbund hat für uns nur Vorteil, wenn unsere Landwirtschaft durch den Anschluß solcher großen Gebiete nicht ausgebeutet wird und ihm zum Opfer fällt. Aus diesen Gründen müßte den beiden Staaten der Monarchie hinsichtlich des Anschlusses anderer Staaten an das Bündnis ein Veto rechtlich gesichert werden. **Wir dürfen nicht den Glauben aufkommen lassen, daß das Bündnis die Verschmelzung solcher Gebiete mit sich bringe, welche in erster Linie für Handel- und Gewerbetreibende, Städte und deren verbrauchende Bevölkerung billige Roherzeugnisse sichern.**

Ministerpräsident Dr. Wekerle

begrüßte die Aeußerung des Grafen Tisza, daß die öffentliche Meinung Ungarns hinter dem Bündnis mit Deutschland stehe, mit Freuden. Der Charakter des Bündnisses bleibt defensiv. Eben deshalb ist es im Interesse der Verstärkung und Steigerung der Verteidigung natürlich, daß wir Verteidigungsmittel, die in der Wehrzahl bestehen, auch zu verstärken und zu steigern suchen. Bei den wirtschaftlichen Vereinbarungen legen wir besonderes Gewicht darauf, daß unsere eigene Produktion nicht verringert werde. Wir müssen unsere landwirtschaftlichen Interessen auf alle Fälle wahren. Ich glaube, daß hohe landwirtschaftliche Zölle nicht aufrecht zu erhalten sind. Sie werden auf lange Zeit nicht solche Bedeutung haben, daß sie auf die Preisbildung einen gesteigerten Einfluß ausüben könnten. Aber wir müssen unsere Produktionsfähigkeit unbedingt sichern. Bezüglich des Anschlusses anderer Staaten müßten wir uns den freien Entschluß sichern. Unsere Souveränität muß unter allen Umständen gewahrt werden, weshalb wir nur einen Vertrag schließen können, der den Charakter der internationalen Verträge besitzt. Aber wir müssen auch unser Verfügungsrecht sichern. Ferner müssen wir unter allen Umständen unsere Interessen wahren und uns vor Augen halten, daß die Entwicklung unserer anderweitigen Interessen und die Erhaltung anderweitiger Verbindungen keinen Abbruch erleiden.

Wenn wir nun

mit Deutschland eine politische Konvention

schließen, so sorgen wir in Verbindung damit natürlich auch für die einvernehmliche Regelung unserer defensiven Verhältnisse und wir schließen auch eine wirtschaftliche Vereinbarung. Dabei sollen wir uns auch die einerseits vom Abgeordneten Grafen Stefan Tisza erwähnten finanziellen Vorteile sichern, die indessen nur darin zum Ausdruck gelangen, daß sie die Grundlage für eine engere Verbindung bilden werden, damit dann die wirtschaftliche Betätigung die vollständig gemeinsamen finanziellen Beziehungen auch zur Befriedigung unserer eigenen Bedürfnisse und Interessen benützen kann. Andererseits wollen wir jene wirtschaftlichen Vorteile fördern, die unter Währung der Erzeugungsbedingungen unsere Interessen durch ein größeres Absatzgebiet und durch die Herstellung eines engeren Verhältnisses sicherstellen können.

Graf Tisza hat als Hochschutzzöllner von altem Korn und Schrot gesprochen. Und sein Wort hat — er ist der Führer der geschlossenen, ihm ergebenen Parlamentsmehrheit — starkes Gewicht. Er will das geplante Wirtschaftsbündnis benützen, um auf Kosten der deutschen Verbraucher die ungarischen Großgrundbesitzer, die im Kriege durch unverschämte Preisforderungen schon die österreichische Bevölkerung gebrandschatzt haben, noch reicher machen, als sie ohnehin sind!

Die Präsidentenfrage.

Der Antrag der Mehrheitsparteien.

Der von den Mehrheitsparteien zur Abänderung der Geschäftsordnung gestellte Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die Geschäftsordnung für den Reichstag dahin abzuändern:

Der § 9 Absatz 2 und § 13 Absatz 2 erhalten folgende Fassung:

§ 9 Absatz 2: **Die Wahl des Präsidenten, sodann der drei Vizepräsidenten erfolgen je in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit.**

§ 13 Absatz 2: **Der Präsident vereinbart mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung** im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.

2. Auf Grund des vorstehenden § 9 Absatz 2 der Geschäftsordnung den zwei im Amt befindlichen Vizepräsidenten einen weiteren Vizepräsidenten hinzuzuwählen.

Der Antrag ist unterzeichnet von den Abgeordneten Gröber (Z.), Antrick (Soz.), Brey (Soz.), Dr. Doormann (Vp.), Ebert (Soz.), Fischbeck (Vp.), Haußmann (Vp.), Hildenbrand (Soz.), Hoff (Vp.), Landsberg (Soz.), Dr. Mayinger (Z.), Dr. Müller-Meiningen (Vp.), Sivkovich (Vp.), Dr. Stresemann (natl.), Dr. Struve (Vp.).

*

Wie die „Germania" wissen will, ist es in der Sitzung des Aeltestenausschusses, die der gestrigen Verhandlung voranging, zu erregten Auseinandersetzungen gekommen. Ueber diese Verhandlungen berichtet das Blatt:

Die Sozialdemokraten wollen den ersten Vizepräsidenten stellen, ohne höfische Pflichten zu übernehmen. Die Konservativen sind bereit, den Anspruch des Zentrums auf den ersten Präsidentensitz anzuerkennen, wollen selbst aber nicht einen Vizepräsidenten stellen. Damit ist die Anregung auf Schaffung von vier Vizepräsidenten hinfällig.

Merkwürdige Entschädigungsberechnung.

Verpflegungsgebühren für unschuldig erlittene Schutzhaft!

In das Schutzhaftgesetz hat der Reichstag ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen, wonach für unschuldig erlittene Schutzhaft Entschädigung zu zahlen ist. Ueber die Anwendung dieser Bestimmung macht der unabhängige sozialdemokratische Zeitungsdienst in der Nummer vom 1. Juni Mitteilungen, deren Bekanntwerden im Reichstag zweifellos allgemeinen Unwillen hervorrufen wird.

Im August 1917 wurden in Braunschweig die Unabhängigen Redakteur Sepp Oerter und Gewerkschaftsangestellter Genzen in Schutzhaft genommen. Ueber ihre Beschwerde gegen die Verhängung der Haft entschied das Reichsmilitärgericht erst nach drei Monaten am 16. November 1917. Es stellte fest, daß die Schutzhaft zu Unrecht verhängt sei, daß Genzen und Oerter sofort aus der Haft zu entlassen seien und Anspruch auf Entschädigung hätten. Die Möglichkeit einer solchen Beschwerde und Entscheidung ist ein durch das Schutzhaftgesetz erreichter Fortschritt, aber natürlich verliert dieses einen wesentlichen Teil seiner Bedeutung, wenn über die Beschwerden erst nach drei Monaten entschieden wird, d. h. nach der Hälfte der Zeit, über welche die Schutzhaft überhaupt ausgedehnt werden soll.

Genzen forderte dann als Entschädigung für die dreimonatige Haft einschließlich Verteidigungsgebühren, Reisekosten und Zehrgelder 1350,90 Mark. Zugesprochen wurden ihm, nachdem die Entschädigungsansprüche beim Kriegsministerium über 6 Monate lang geprüft worden waren, für dreimonatige Haft **101,60 Mark**, von denen **57,65 Mark für Verpflegungsgelder während der Schutzhaft** gekürzt worden, so daß ihm die **Auszahlung von 43,95 Mark** angeboten wurde. Eine wahrhaft vornehme Entschädigung für eine zu Unrecht erlittene dreimonatige Haft. Geradezu groteskt muß es anmuten, wenn jemand dafür, daß er zu Unrecht eingesperrt wird, noch Verpflegungsgebühren zahlen soll, gleich als ob das Gefängnis eine Sommerfrische sei!

Das norwegische Storthing hat jüngst einem Manne, der zu Unrecht verurteilt 8 Jahre Zuchthaus verbüßt hatte, eine Entschädigung von **100 000 Kronen** mit der Begründung zugesprochen, ein materieller Schade sei freilich nicht entfernt in dieser Höhe nachgewiesen, und eine Entschädigung für die geraubten 8 Jahre der Freiheit gäbe es überhaupt nicht, aber wenn der Staat schon Unrecht tue, müsse er wenigstens bei Zumessung der materiellen Entschädigung vornehm verfahren. Von dieser Großzügigkeit scheint man im preußischen Kriegsministerium recht weit entfernt zu sein. Der Reichstag wird sich energisch verbitten müssen, daß mit dem von ihm durchgesetzten Schutzhaftgesetz in dieser kleinlichen und sinnwidrigen Weise umgesprungen wird.

Der „Tabak" der Soldaten.

Im Reichstag hat der Abg. Müller-Meiningen folgende Anfrage eingebracht:

In jüngster Zeit ist als „Kriegs-Tabak-Mischung" an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden, der **ganz oder zum größten Teile Laub**, insbesondere Buchenlaub enthält und von den Truppen weggeworfen werden muß, obwohl er der Militärverwaltung viel Geld kostet.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Vorgehen einzelner Lieferanten im Interesse des Heeres mit aller Schärfe und raschestens zu begegnen?

Letzte Nachrichten.

Schließung amerikanischer Häfen.

Amsterdam, 6. Juni. „Central News" meldet aus Washington, daß der Marinesekretär auch die Schließung von Boston, Philadelphia und der anderen an der atlantischen Küste gelegenen Häfen angeordnet hat.

Versenkte amerikanische Segler.

Amsterdam, 6. Juni. In Meldungen des Reuterschen Bureaus aus New York werden die vier amerikanischen Segelschiffe Hattie Dun, Huppauge, Cole und Edna als versenkt genannt.

Zusammenkunft von neutralen und Ententesozialisten.

London, 6. Juni. Das Reutersche Bureau erfährt: Hjalmar Branting, der Vorsitzende der schwedischen sozialdemokratischen Partei, und Troelstra, der Vorsitzende der holländischen sozialdemokratischen Partei, erhielten eine Einladung, der jährlichen Besprechung der englischen Labour Party am 26. Juni und den beiden folgenden Tagen beizuwohnen. **Eine besondere Erörterung wird den internationalen Angelegenheiten gewidmet sein.**

Nach der Besprechung werden Albert Thomas und Vandervelde, die ebenfalls eingeladen worden sind, wahrscheinlich in Begleitung von Branting, Troelstra, Arthur Henderson und Camille Huysmans nach Paris zurückkehren, um Maßnahmen zur Veranstaltung einer **etwaigen internationalen sozialistischen Konferenz** zu besprechen.

Schutzleute als Einbrecher.

Hamburg, 6. Juni. Wegen gemeinschaftlichen schweren und einfachen Diebstahls verurteilte das Hamburger Landgericht den Schutzmann Suchow zu 5 Jahren Zuchthaus, den Schutzmann Meiken zu 4 Jahren Zuchthaus und den Möbeltransportarbeiter Lindigkeit zu 18 Monaten Gefängnis. Das Kleeblatt hat im Bezirk Hohenfelde, in dem die Schutzleute bedienstet waren, nachgewiesenermaßen 19 Einbruchsdiebstähle ausgeführt.

Reichstag.

168. Sitzung, Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Payer, Wallraf.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Wahl des Präsidenten.**

Der Beginn der Sitzung verzögert sich bis gegen ½2 Uhr infolge einer Sitzung des Seniorenkonvents.

Erster Vizepräsident Dr. **Paasche** eröffnet die Sitzung mit folgender Mitteilung: Ich habe Ihnen im Auftrage des Aeltestenausschusses den Vorschlag zu machen, heute

die Wahl des Präsidenten auszusetzen,

mit Rücksicht auf eine **Neuregelung,** auch der Frage der **Wahl der Vizepräsidenten.** Es handelt sich um einen einstimmigen Beschluß des Aeltestenausschusses. Es wird noch heute von der Mehrheit des Reichstags ein Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Ich würde vorschlagen, diesen Antrag der verstärkten Geschäftsordnungskommission zu überweisen, so daß dann die Wahl erst stattfinden würde, nachdem diese Geschäftsordnungskommission ihren Bericht erstattet haben wird.

Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu.

Hierauf wird die Debatte über

Zensur und Belagerungszustand.

fortgesetzt.

Kapitän zur See **Boy-Ed** wendet sich gegen einige Behauptungen Gothein's in seiner gestrigen Rede.

Abg. Herzfeld (U. Soz.):

Der Belagerungszustand besteht zu Unrecht, **er stellt einen** Bruch der Verfassung dar. Aber der Reichstag denkt nicht daran, dagegen aufzutreten, weil er den Belagerungszustand für notwendig zur Bedrohung der Arbeiterklasse hält. Liebknecht, der die bürgerlichen Rechte des Reichstags nachdrücklich vertreten wollte, wurde der Militärdiktatur ausgeliefert. Der Druck der militärischen Gewalt ist mit der Zeit nur noch stärker geworden. Fast alle Mitglieder meiner Fraktion stehen unter Redeverbot. Mir selbst ist es unmöglich gemacht worden, mit den Wählern meines Wahlkreises in Fühlung zu treten. Auf eine Beschwerde an das zuständige Generalkommando ist mir gar keine Antwort zuteil geworden. In Treptow an der Tollense wurde einer meiner Parteifreunde durch einen Polizeibeamten mit Gewalt aus der Stadtverordnetensitzung entfernt. Auf einen Strafantrag unseres Genossen hin wurde der Beamte freigesprochen, weil er nicht das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gehabt habe. Es liegt ein Antrag vor, den Reichskanzler als Zivilbehörde über die Militärbehörde zu stellen. Herr Wallraf bezeichnete das als unannehmbar, auch wir finden diese Idee unpraktisch. Der einzige Weg nach aufwärts ist die Aufhebung des Belagerungszustandes. General Wrisberg behauptete gestern, daß in den Monaten Dezember 1917 und Januar dieses Jahres in ganz Deutschland nur 99 Versammlungen verboten worden seien. Dem stelle ich gegenüber, daß allein in den Tagen des Streiks Ende Januar in Deutschland **nicht nur hunderte, sondern tausende von Versammlungen** allein meiner Partei verboten worden sind. (Abg. Albrecht [U. Soz.]: Die ganze Statistik ist Schwindel! Ordnungsruf des Präsidenten!) Wie einem Gewerkschaftler von einem Vertreter des Generalkommandos zugegeben wurde, besteht ein Listensystem, in dem über verdächtige Personen auf das genaueste Buch geführt wird. Auch das

Spitzelwesen

steht in voller Blüte. So wurde in Gelsenkirchen ein Arbeiter zum Polizeirat bestellt, der ihn mit allen Mitteln zu bewegen suchte, eine „Vertrauensstellung" in Polizeidiensten anzunehmen. Sogar Geld wurde ihm angeboten. Als der Arbeiter sich weigerte, wurden Haussuchungen bei ihm veranstaltet, auch wurde versucht, ihn an seiner Arbeitsstelle unmöglich zu machen. — Das Generalkommando in Münster hat in Gemeinschaft mit Redakteuren der regierungssozialistischen Presse eine Broschüre herausgegeben, in der die Arbeiter zum Durchhalten aufgefordert und vor den Bestrebungen des Auslandes, im Innern Unruhen anzuzetteln, gewarnt werden. Ich kann nicht umhin, die Angestellten der Sozialdemokratie, die sich an dieser Broschüre beteiligt haben, als Verräter an der Arbeiterklasse zu bezeichnen. (Ordnungsruf des Präsidenten. — Stürmische Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Zuruf des Abg. Noske: Hanswurscht!) Die Vorzensur geht darauf aus, unsere wenigen Blätter zu ruinieren. Seit heute steht die „Leipziger Volkszeitung" wieder unter Vorzensur. Das Wort: „Ich kenne nur noch Deutsche!" muß heute lauten: „Ich kenne nur noch Alldeutsche und eine Partei, die außerhalb des Gesetzes steht, das ist die Unabhängige Sozialdemokratie!" (Sehr gut! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. **Werner-Gießen** (Dt. Fr.): **Der Alldeutsche Verband ist Herrn Gothein dankbar für die Reklame, die er für ihn gemacht hat. Die Papierverteilung ist eine ungerechte.**

Abg. **Pospiech** (Pole) protestiert **gegen die Unterdrückung der polnischen Vereinstätigkeit.**

Abg. Meerfeld (Soz.):

Zunächst einige Worte zu den Angriffen des Abg. Herzfeld. Ich möchte die Tribüne dieses Hauses nicht herabwürdigen und will deshalb nur folgendes erklären. Zu der Konferenz des 7. Armeekorps waren auch Unabhängige geladen, haben sich aber ausgeschwiegen. Das Protokoll war lediglich ein Manschettenerzeugnis interessierter Freunde der Unabhängigen. Unsere Redakteure, die daran teilgenommen haben, haben in der Oeffentlichkeit die Behauptungen der unabhängigen Presse über diese Konferenz als Verleumdung bezeichnet. Eine Erwiderung ist darauf nicht erfolgt. (Hört! hört! b. d. Soz.) Gegen die unerhört maßlosen Beschimpfungen der beteiligten Arbeitervertreter durch den Abg. Herzfeld brauche ich die Angegriffenen nicht in Schutz zu nehmen. Solche polemischen Ausschreitungen gegen verdiente Arbeiterführer von einem Manne wie Herzfeld richten sich von selbst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Unabh. Soz.) Die Art, wie die Regierung unsere Forderung, die Generalkommandos einer Zivilgewalt zu unterstellen, ablehnt, verrät wenig politischen Geist. Die Methoden der Generalkommandos erinnern zu sehr an das Wort jenes italienischen Staatsmannes, daß mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat zugesagt, der freien Meinungsäußerung freien Raum zu gewähren. Zwischen diesen entgegenkommenden Worten und der tatsächlichen Praxis klafft ein großer Widerspruch. Einen besonderen Kampf gegen die Zensur hat die „Mülhauser Volks-Ztg." durchzukämpfen. Die Bevormundung geht soweit, daß der Zeitung verboten wird, schweizerische Blätter einzuführen. Das erinnert an das Verbot der „Wiener Arbeiterzeitung", die nicht einmal hier im Hause von den Reichstagsabgeordneten gelesen werden darf. Die „Volksstimme" in Mannheim wurde wegen eines Artikels über die Ostfragen auf drei Tage verboten, der in vielen anderen Zeitungen anstandslos erschienen war. Wie die Vorzensur gehandhabt wird, beweist das Beispiel, daß unser Kölner Parteiblatt über einen krassen Erpressungsfall zweier Polizeibeamter nicht eine sachgemäße Darstellung geben durfte. Alle Artikel des Prof. Förster sind wegen seiner Friedenspropaganda unter Vorzensur gestellt. Der Kampf für den Frieden ist den Herren vom Militär ebenso wenig genehm wie der Kampf für die Freiheit. General v. Wrisberg ist falsch unterrichtet, wenn er nichts weiß von der

Unterdrückung des „Vorwärts" beim Militär.

Bei einem Landsturmbataillon wurden 10 Bezieher des „Vorwärts" aufgefordert, die Zeitung abzubestellen. Als einer sich weigerte, wurde er mit harter Strafe bedroht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Reichstagsmehrheit darf unter den Augen der Zensur auf das Unflätigste bekämpft werden. Scheidemann wird beschuldigt, mit den Bolschewiks planmäßig zusammenzuarbeiten. Die Zensur merkt davon nichts. Durch die Oberaufsicht der Obermilitärbefehlshaber ist der Rechtsschutz für die Presse lediglich zu einem Schutz für die Zensur geworden. Die angebliche Errungenschaft, daß Zeitungen zunächst nur auf drei Tage verboten werden können, wird von der Militärbehörde dahin ausgelegt, daß das Verbot nur dann aufgehoben wird, wenn der Redakteur pater peccavi sagt. Das ist eine **Verhöhnung des Reichstagsbeschlusses,** ein glatter Bruch des gegebenen Versprechens. Der Begriff des militärischen Interesses wird maßlos erweitert. Ein Flugblatt der Guttempler gegen die Verwendung von Gerste zur Bierbereitung wurde verboten. Das Drama Walter Hasenclevers „Der Sohn" darf in Berlin nur in geschlossener Gesellschaft vorgeführt werden, und zwar mit der Begründung, daß sich bei den Ausschreitungen des letzten Streiks die Arbeiterjugend in hervorragendem Maße beteiligt habe. Die unerträgliche Schulmeisterei der Zensur geht sogar so weit, sich in die Aufführung des Dramas „Seeschlacht" von Reinhardt Göhring einzumischen. Der Verfasser soll wahrscheinlich dafür bestraft werden, daß er sich nicht mit Kriegsdichtungen vom Schlage der Leistungen Max Bewers beschäftigt. Herr Wallraf machte uns kürzlich auf die scharfe Zensur in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten aufmerksam; dazu ist nur zu bemerken, daß wir die französischen und englischen Zustände gern mit dem **eisernen Ring der deutschen Unfreiheit** vertauschen möchten.

Der Belagerungszustand ist ungesetzlich.

Er ist nur zulässig für Gebiete, die **unmittelbar vom Feinde bedroht** sind, käme also nicht für ganz Deutschland, sondern nur für einen kleinen Teil Elsaß-Lothringens in Frage. Der jetzige Zustand krasser Willkür läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Er führt zu geistiger Versumpfung, Abstumpfung und Schematisierung. Durch die Kurzsichtigkeit der obersten Behörden wird ein großer Fonds von Staatsgefühl verwirtschaftet. Gerade weil wir wissen, daß unsere Soldaten im Felde für die äußere Freiheit des Reiches kämpfen, fühlen wir uns heiß verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Heimat nicht im ödesten Militarismus versklavt. Hände weg von der Freiheit des deutschen Staatsbürgers und ein Ende gemacht mit der vormärzlichen Bevormundung eines mündigen Volkes! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Man schämt sich wirklich bald, im Reichstag über **diese Dinge** noch zu sprechen. (Sehr wahr!) Was helfen all die schönen Worte über das Vertrauen zum Volke, wenn die Taten das Gegenteil beweisen? Die meisten Kommandierenden Generäle **pfeifen auf die Gesetze,** die wir hier beschließen. (Sehr wahr!) Die Statistik des Generals v. Wriesberg ist keinen Schuß Pulver wert. Was soll der Vergleich zwischen der famosen Vaterlandspartei und der Riesenbewegung der deutschen Gewerkschaften? (Sehr wahr! links.) Mit den militärischen Interessen haben 992 der Zensurschikanen überhaupt nichts zu tun. (Sehr richtig! links.) Was uns so kränkt, ist der

Mißbrauch der militärischen Gewalt zu einseitig konservativen Zwecken.

(Lebhafte Zustimmung links.) Die Vaterlandspartei **ist nichts als** eine Kulisse der konservativen Partei. (Sehr wahr! links.) Die „Liberale Korrespondenz" hat einen Brief veröffentlicht, woraus klar hervorgeht, daß die Konservativen die ganze Geschichte mit der Vaterlandspartei nur ins Werk gesetzt haben, um nachher bessere Wahlen zu erzielen. **Darauf wurde gegen sie vorgegangen — wegen Verrats militärischer Interessen.** (Stürmisches Hört! hört! links.) Die Leute, die am Ende des vierten Kriegsjahres die öffentliche Meinung des deutschen Volkes so behandeln wie die kommandierenden Generäle, versündigen sich an der Stimmung des Volkes. Die Führung der Armee ist angewiesen auf freudige entsagungsvolle Mitarbeit des ganzen deutschen Volkes und vor allem der Vertreter der öffentlichen Meinung. Darum: fort mit der Zensur! (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Wallraf:

Ich habe die Zensur durchaus nicht gelobt, wie Herr Gothein sagte, sondern sie nur als Kriegsnotwendigkeit bezeichnet. Die pazifistische Literatur geht gewiß aus von idealem Streben. Aber sie kann jetzt nicht in Massen verbreitet werden, wo der Kriegswille der Feinde uns zu äußerster Anstrengung verpflichtet. Die Zensur besteht auch in allen anderen Ländern, auch die Bolschewiki kommen nicht ohne sie aus. — Dem Abg. Meerfeld gebe ich zu, daß in der Redaktion der „Rheinischen Zeitung" sehr kluge Leute sitzen und daß sie in der Lebensmittelversorgung den Behörden in Köln gute Dienste geleistet hat. Aber manchmal kommen in ihr doch so elementare Ausbrüche des Klassenhasses vor, die in dieser Zeit Anstoß erregen müssen. **Ich betone, daß, wenn ich die Zensur zu handhaben hätte, ich keine dieser Stellen beanstandet hätte.** Die vom Abg. Müller-Meiningen angeführten Fälle werden geprüft werden. — Ich würde aber wünschen, daß wir einen Weg der Verständigung finden, denn diese Zensurdebatten sind der Reichsleitung gewiß nicht erwünscht. Die Reichsleitung wird gern soweit entgegenkommen, wie ihr Verantwortlichkeitsgefühl und die Lage des Vaterlandes zuläßt.

Oberst **von dem Bergh** legt dar, daß Beschwerden über Militärbefehlshaber, z. B. Generalkommandos, dem Obermilitärbefehlshaber durch den Militärbefehlshaber vorgelegt werden müssen.

Abg. **Haase** (U. Soz.): Von der Regierung ist keine Abhilfe in den Zensurfragen zu erwarten. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Es offenbart sich hier die ganze Ohnmacht des Reichstags. Die Mißstände werden weiter bestehen, solange der Reichstag nicht von seinen Machtmitteln Gebrauch macht. Wir verlangen nach wie vor die Aufhebung des Belagerungszustandes. Es existiert

ein schwarzes Kabinett,

das eine geheime Briefkontrolle ausübt. Ich behaupte, daß nicht nur Briefe von Mitgliedern dieses Hauses geöffnet und wieder geschlossen worden sind, die den beiden sozialdemokratischen Parteien angehören, sondern auch von Herren anderer Parteien. (Hört! hört!) Das Briefgeheimnis, das verfassungsrechtlich geschützt ist, wird täglich in vielen Fällen verletzt. Die Oeffnung der Briefe von Reichstagsabgeordneten stellt obendrein einen Bruch des Artikels 31 der Reichsverfassung dar.

Auch bei Wahlen ist die Versammlungsgelegenheit von den Militärbehörden abhängig. Ein geheimer Erlaß, der die aus Feindesland zurückkehrenden Kriegsgefangenen betrifft, teilt diese in zuverlässige und unzuverlässige Elemente ein, die voneinander getrennt werden sollen. Die Namen der „unzuverlässigen" Elemente sollen den heimischen Polizeibehörden mitgeteilt werden. Das ist der Dank an diejenigen, die das Schwerste geduldet und geopfert haben. (Beifall b. d. U. Soz.)

General v. Wrisberg: Den vaterländischen Unterricht über die aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen hält die Militärverwaltung für ihre Pflicht, nachdem die Leute vier Jahre lang von der Entente beeinflußt worden sind.

Damit schließt die Debatte.

Abg. **Spiegel** (Soz.) [persönlich] weist die Behauptungen des Abg. Herzfeld über die Konferenz im 7. Armeekorps als Verdächtigungen zurück. Die an der Konferenz teilnehmenden Gewerkschaftsbeamten haben sich frei und offen über die Broschüre ausgesprochen. Ich erwarte, daß der Abg. Herzfeld den unerhörten Vorwurf des Verrats ehrenwerten Männern gegenüber nicht aufrechterhält.

Abg. Herzfeld (U. Soz.): Ich habe nicht behauptet, daß Gewerkschaftsbeamte an der Broschüre mitgearbeitet haben, sondern daß Redakteure sich dazu bereit erklärt hätten.

Die Anträge der Kommission zu den Fragen der Zensur und des Belagerungszustandes werden angenommen.

Auf Antrag des Abg. **Haußmann** (Vp.) wird der im Beginn der Sitzung angekündigte Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung in der Frage der Vizepräsidenten noch auf die Tagesordnung gesetzt und ohne Debatte an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Kleine Anfragen. Besprechung der Fragen der Schutzhaft.)

Schluß 7¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Kultusetat.

Nur keine Neuordnung in Preußen, weder auf allgemein politischem, noch auf kirchen- und schulpolitischem Gebiete! Diese Forderung zog sich wie ein roter Faden durch die von den Vertretern der konservativ-klerikalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses in der Generaldebatte zum Kultusetat gehaltenen Reden. Es soll alles so bleiben, wie es zu Zeiten des seligen Trott zu Solz gewesen ist, der den Wortführern des Dreiklassenparlaments als Muster eines Ministers des Geistes vorschwebt und dessen Scheiden vom Amte sie garnicht genug bedauern können. Vor allem will man die konfessionelle Fachschule auf ewige Zeiten festlegen und Sicherungen gegen etwaige Reformen in einem freiheitlicher zusammengesetzten Parlament schaffen. Wie bei der Wahlrechtsvorlage so hat auch hier das Zentrum die Führung übernommen, dessen Vertreter Abg. Kaufmann aufs schärfste gegen die Trennung von Staat und Kirche wetterte.

Leider schwächte Abg. Adolf Hoffmann von den Unabhängigen, der der Reaktion entgegentreten zu können meinte, die Wirkung seiner Ausführungen selbst ab dadurch, daß er einen großen Teil seiner Rede einer ebenso überflüssigen wie törichten Polemik gegen die Sozialdemokratie widmete. Diese Angriffe nehmen wir nicht tragisch, sie gehören nun einmal zum ständigen Repertoir der Unabhängigen. Uns ärgern sie damit nicht, den bürgerlichen Parteien aber bereiten sie große Freude.

Im übrigen ist aus der Debatte nur hervorzuheben die Forderung des Nationalliberalen Dr. Blankenburg auf Regelung des Religionsunterrichts der Dissidentenkinder und das Eintreten des ehemaligen Fortschrittlers Traub nicht gegen die Trennung von Kirche und Staat, sondern auch für den Kampf gegen kirchliche Sektierer, in denen er lediglich Agenten des feindlichen Auslandes zu erblicken scheint.

Die Generaldebatte endete mit einer Rede des neuen Kultusministers Dr. Schmidt, die sich auf eine Reihe von Einzelfragen erstreckte, aber alles andere eher als ein Programm war.

Am Freitag beginnt die Spezialberatung.

Die Ludendorff-Spende.

Aus Metallarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

„In der Nummer vom Sonnabend, den 1. Juni, bringt der „Vorwärts" eine Notiz aus Bielefeld, wonach die dortigen Arbeiterorganisationen es abgelehnt haben, sich an der Ludendorff-Spende zu beteiligen und zwar mit Rücksicht auf die gesamte Situation, in der wir uns befinden. Die Redaktion des „Vorwärts" zeigt durch die Ueberschrift dieser Notiz, daß sie sich im Zweifel darüber ist, ob das wohl die richtige Taktik sei.

Hierzu möchten wir bemerken, daß auch die Berliner Metallarbeiter in ihrer Verwaltungssitzung erklärt haben, daß sie mit der Beteiligung an der Ludendorff-Spende wie auch mit der Unterschrift der Generalkommission für den Aufruf zur Ludendorff-Spende nicht einverstanden sind. Die Gründe für diese Haltung sind nicht etwa Abgeneigtheit dagegen, daß für die Kriegsbeschädigten etwas getan werden soll, im Gegenteil. Die Verwaltung der Metallarbeiter hält es für dringend erforderlich, daß in weitgehendstem Maße für die Kriegsbeschädigten gesorgt wird. Die Meinung der Verwaltung geht dahin, daß die Arbeiter selbst auch materiell und moralisch den Kriegsbeschädigten beispringen, soweit es irgend angängig ist. Woran Anstoß genommen wird, ist vielmehr die Form, in der hier für die Kriegsbeschädigten gesorgt werden soll. Schon die Aufbringung freiwilliger Mittel zur Unterstützung der Kriegsbeschädigten entspricht nicht dem, was alle Arbeitervertreter bislang erklärt haben, daß nämlich die weitgehendste Hilfe durch Mittel des Reiches erfolgen soll. Sodann wird diese Sammlung mit einem Namen verbunden, der infolge des Mißbrauchs, den die reaktionären Kreise mit ihm treiben, durchaus keinen anziehenden Klang in der Arbeiterschaft hat. Auch protestiert die Verwaltung dagegen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gemeinsam mit solchen Personen einen Aufruf unterzeichnet, die gerade jetzt wieder am Werke sind, um ihrer alten Gewohnheit entsprechend, die Behörden scharf zu machen gegen die Arbeiter, und die unablässig darauf aus sind, die wenigen Rechte, die dem Arbeiter während des Krieges noch geblieben sind, durch Maßregelung und Denunziation illusorisch zu machen. Auch die gesamte Situation auf politischem Gebiet hat stark zu dieser Stellungnahme beigetragen. Ein entsprechender Protest ist auch der Generalkommission zugegangen.

Wenn noch etwas fehlt, um die Abneigung gegen diese Sammlung vollkommen zu machen, dann ist es die Art, in der die meisten Arbeitgeber mit den Sammellisten an die Arbeiter herantreten."

•

Nachschrift der Redaktion: Die von der Leitung der Ludendorff-Spende begangenen groben Fehler sind auch von uns rückhaltlos kritisiert worden. Bezüglich der Stellungnahme der Gewerkschaften aber darf eines nicht übersehen werden: Hätten die Vertreter der Arbeiterschaft die Mitarbeit verweigert, so hätte ausschließlich das Unternehmertum über die Verwendung und Verteilung der gesammelten Gelder zu bestimmen gehabt. Was daraus entstanden wäre — es handelt sich um einen Fonds, der bald 100 Millionen überschreiten wird —, kann sich jeder leicht ausmalen. Daß es hauptsächlich die verfehlte Aufmachung der Sache ist, die die Arbeiter mit Abneigung erfüllt, erhellt daraus, daß an der Mitarbeit der Gewerkschaften im „Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge" kein Mensch Anstoß nimmt.

Alldeutsche und Reichstag. Die „Deutsche Zeitung", das Schimpforgan der Alldeutschen, spricht ihren Unmut darüber aus, daß keiner unserer Minister dem Reichstag mit den Worten Thiers entgegentrete: „Meine Herren! Das Land befindet sich allemal dann am wohlsten, wenn Sie nicht beisammen sind." Weiter erklärt das Blatt, das deutsche Volk habe die Furcht vor der Uebergriffen der Feinde gegen die stete Angst vor dem Reichstag eingetauscht, der wie ein Alb auf ihm laste. In dieser Tonart wird zwei Spalten lang auf den Reichstag geschimpft. — Die Mißachtung gegenüber der Vertretung des deutschen Volkes ist ein Symptom dafür, wie viel Achtung die Alldeutschen vor dem deutschen Volk selber haben. Denn die Behauptung der „Deutschen Zeitung", die Mehrheit des Volkes stehe nicht hinter der Mehrheit des Reichstages, ist ja durch die sozialdemokratischen Wahlsiege bei den Nowahlen zur Genüge als Schwindel gekennzeichnet.

Gewerkschaftsbewegung

Verstöße gegen den Reichstarif der Militärsattler.

In einer am Dienstag abgehaltenen stark besuchten Versammlung der Militärsattler führte Schulze eine Reihe von Fällen an, wo Arbeitgeber — leider ohne Widerstand bei den Arbeitern gefunden zu haben — bedeutend niedrigere Akkordlöhne zahlen, als der seit 3¼ Jahren bestehende Reichstarif vorschreibt. Die Firma Fallenfleck in der Martin-Luther-Straße beschäftigt eine große Zahl von Heimarbeitern, denen sie für das Besetzen von Mantelsäcken einen Stücklohn von 60 Pf. zahlte, während der Tariflohn einschließlich der tariflichen Zuschläge 1,18 M. beträgt. Für eine andere Arbeit an Brotbeuteln, welche die Firma mit 81 Pf. bezahlte, ist nach dem Tarif ein Arbeitslohn von 47 Pf. und 20 Proz. Kriegszuschlag zu zahlen. Da weder der Arbeitgeber noch seine Arbeiter ihren Berufsorganisationen angehören, so kann ein direkter Einfluß der Organisation zur Zahlung der Tariflöhne nicht ausgeübt werden. Die Schlichtungskommission ist deshalb übereingekommen, beim Oberkommando die Schließung des Betriebes der Firma Fallenfleck zu beantragen.

Die Firma Paul Bartel in der Sebastianstraße zahlte 81 Pf. und 20 Proz. Teuerungszulage für eine Arbeit, die im Tarif nicht vorgesehen ist, aber nach Feststellung der Schlichtungskommission außer den tariflichen Zuschlägen mit 1,25 M. bezahlt werden müßte. Als die Verbandsleitung von der zu niedrigen Entlohnung Kenntnis erhielt und die Schlichtungskommission angerufen wurde, da war die betreffende Arbeit, die einen sehr großen Posten umfaßte, bereits fertig, so daß die Lohnfestsetzung der Schlichtungskommission eine praktische Bedeutung nicht mehr hatte.

Die Firmen Erfurt, Zander und Schneider lassen Konfektionsarbeiten anfertigen. Die von den Arbeiterinnen benutzten Nähmaschinen werden elektrisch angetrieben. Der Tarif gestattet, daß für elektrischen Nähmaschinenantrieb 10 Proz. vom Kriegszuschlag abgezogen werden können. Die Firmen zahlen aber weder Kriegszuschlag noch Teuerungszulage, sondern nur den einfachen Lohn und von diesem ziehen sie die 10 Prozent ab, was natürlich unzulässig ist.

Der von der Firma Swoboda beschäftigte Zwischenmeister Lock, Bernauer Straße, zahlte für eine Arbeit 60 Pf. statt 80 Pf. und für eine andere Arbeit 1 M. statt 1,40 M. Infolge des Vorgehens der Verbandsleitung hat Lock an eine Arbeiterin 1500 M. zu wenig bezahlten Lohnes nachzahlen müssen.

Zwischenmeister Block, Planufer, der von der Firma Cohau beschäftigt wird, ließ Fernsprecherfutterale in einer Reihe von Teilarbeiten herstellen. Die Summe aller Teilarbeitslöhne erreichte zwar den Tarifsatz von 3,90 M., aber trotzdem bekamen die Arbeiter zu wenig, weil nämlich Block die Teilarbeit, die er selbst ausführte, viel zu hoch bewertet hat. Er rechnete sich für Fadenabschneiden und Nähte glätten 40 Pf. und für Nieten 82 Pf., zusammen also 1,22 M. Die Schlichtungskommission entschied, daß für Fadenabschneiden und Nähteglätten nichts zu berechnen ist und das Nieten nur mit 18 Pf. bewertet werden darf. Der Zwischenmeister hat also für das Stück 1,04 M. zu wenig gezahlt und mußte nach dem Urteil der Schlichtungskommission 280 M. nachzahlen.

Diese Verstöße stehen, wie Schulze betonte, nicht etwa vereinzelt da, sondern sie bilden eine Anzahl von Fällen, die sich erst in letzter Zeit abgespielt haben. Wenn auch an dem Reichstarif manches auszusetzen sei, so biete er doch die Möglichkeit, in derartigen Fällen den Arbeitern und Arbeiterinnen zu ihrem rechtmäßigen Lohn zu verhelfen.

Von der Tätigkeit der Schlichtungskommission berichtete Schulze, daß es auch in der letzten Sitzung noch nicht gelungen ist, einen angemessenen Preis für die neuen Geschoßkörbe festzusetzen. Weil diese Arbeit fast ausschließlich von Frauen gemacht wird, glauben die Arbeitgeber, bei dieser Gelegenheit die Preise drücken zu können. Zu der nächsten Sitzung sollen Sachverständige aus den Kreisen der beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber geladen werden, um endgültig Beschluß zu fassen. — Einen Antrag der Arbeiter, für Groß-Berlin einheitliche Nietpreise festzusetzen, haben die Arbeitgeber abgelehnt, obgleich ein dringendes Bedürfnis für einheitliche Preisfestsetzung vorliegt. Es bleibt nun nichts weiter übrig, als daß die Nieter in den Betrieben, die nachweislich sehr schlecht zahlen, selbst Lohnaufbesserungen verlangen. Zu diesem Zweck werden die Vertrauensleute eine Aufstellung der als angemessen geltenden Nietpreise von der Organisation erhalten.

Massenkündigung der Angestellten bei Orenstein u. Koppel.

Wir haben vor einiger Zeit über die Differenzen berichtet, die zwischen den Angestellten von Orenstein u. Koppel und der Firmenleitung entstanden sind und die sich auf die Ansprüche der Angestellten, Sommerurlaub zu erhalten, gründeten. Der Berliner Schlichtungsausschuß hatte sich vor kurzer Zeit auf Beschwerde der Angestellten mit dieser Frage befaßt und dabei einen Schiedsspruch gefällt, der den Anspruch der Angestellten in vollem Umfange anerkennt. Obwohl nun die von den Angestellten geforderten Urlaubssätze so gering sind, daß es kaum eine Berliner Firma geben wird, die nicht schon jetzt wesentlich bessere Urlaubsbedingungen eingeführt hat, so hat sich trotzdem Herr Benno Orenstein nicht bereit gefunden, den Schiedsspruch anzuerkennen. Es scheint beinahe so, als wenn er mit Gewalt einen Konflikt heraufbeschwören möchte.

In der Zwischenzeit haben sich die Angestellten vergeblich bemüht, einen Ausgleich zu schaffen. Im Drewitzer Werk haben sie den Gewerberat zur Vermittlung angerufen, um die paar Tage Urlaub, die ihnen nun amtlich zugestanden sind, auch wirklich zu erhalten. Alles war vergebens. In einer persönlichen Rücksprache, die der Drewitzer Ausschuß mit Herrn Orenstein hatte, lehnte dieser, der eben frisch und erholt von einem mehrwöchigen Urlaub aus Kissingen zurückkehrte, es rundweg ab, den Angestellten einen über seine früheren Zugeständnisse hinausgehenden Urlaub zu bewilligen. Eine ungeheure Erregung hat sich infolge dessen der gesamten Beamtenschaft bemächtigt. In einer überaus gut besuchten Versammlung des Drewitzer Werkes wurde gestern folgende Entschließung angenommen:

„Die am Mittwoch, den 5. Juni, in Nowawes versammelten männlichen und weiblichen Angestellten der Drewitzer Fabrik von Orenstein u. Koppel bedauern, daß die Firmenleitung die bescheidenen Forderungen der Angestellten auf Gewährung von Sommerurlaub nicht bewilligt hat. Obwohl der nach § 9 des Hilfsdienstgesetzes eingesetzte Schlichtungsausschuß die Berechtigung der Forderungen voll und ganz anerkennt und jede Verbindung zwischen Gehaltserhöhung und Urlaub als unzulässig erklärt hat, sollen in Zukunft bei Orenstein u. Koppel neben schlechtem Urlaub auch noch größere Pausen bei den Gehaltszulagen eintreten.

Die Angestellten sind nicht gewillt, noch länger lediglich von der Willkür einer Firmenleitung abhängig zu bleiben, die allen fortschrittlichen sozialen Strömungen der jetzigen Zeit unzugänglich bleibt. Sie hätten es gern gesehen, wenn aus dieser Urlaubsfrage kein ernstlicher Streit entstanden wäre und waren daher bereit, jederzeit die Hand zum Frieden zu bieten. Sie bedauern, daß durch die Schuld der Firma eine solche Verschärfung der Lage eingetreten ist, und erklären, daß sie angesichts der beharrlichen Ablehnung der Firma, den Schiedsspruch anzuerkennen, gewillt sind, zum nächsten gesetzlichen Termin ihre Stellung bei der Firma zu kündigen."

Die Spandauer Beamtenschaft wird am heutigen Freitag, den 7. Juni, gleichfalls zusammentreten, auch dort sind, wenn man die derzeitige Stimmung innerhalb der Beamtenschaft beurteilen darf, ähnliche Beschlüsse zu erwarten.

Die Berliner Transportarbeiter im 1. Quartal 1918.

Die Transportarbeiter nahmen in ihrer Generalversammlung im Gewerkschaftshause den Bericht vom verflossenen Quartal entgegen und erledigten verschiedene Anträge. Der Bezirksleiter Werner teilte zunächst mit, daß der Kartellvertrag mit dem Deutschen Portier-Verband zum Abschluß gebracht und anerkannt worden ist. Die Beiträge dieser Mitglieder werden durch die Einkassierer der Transportarbeiter eingeholt.

Aus dem Quartalsbericht ist zu entnehmen, daß in 72 Betrieben mit 16 769 Beschäftigten eine wöchentliche Lohn- bzw. Teuerungszulage von 104 578 M. durch gegenseitige Verständigung erzielt wurde. Im Vordergrund der Bewegungen stand die der Straßenbahner, die vor mehreren Monaten bereits eingeleitet, aber erst jetzt zum Abschluß gelangte. Auch mit dem Verband der Kohlengroßhändler ist eine Einigung erzielt worden, so daß der Lohn für Kutscher 78 M., für Arbeiter 72 M. und für Frauen 63 M. pro Woche beträgt. Die agitatorische Tätigkeit brachte 1572 Neuaufnahmen, so daß der Mitgliederbestand inkl. der weiblichen und jugendlichen 16 102 beträgt. Bezüglich des Arbeitsnachweisberichts wurde bemerkt, daß die Arbeitslosigkeit im Verhältnis minimal ist, es gelang mit ganz wenigen Ausnahmen, Arbeitslose sofort anderweitig unterzubringen. Der für das Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe paritätische Nachweis hatte 12 635 gemeldete Stellen, wovon 9703 besetzt werden konnten. Die Kassenverhältnisse zeigen eine Gesamteinnahme von 202 078,28 M., denen an Ausgaben 164 814,59 M. gegenüber stehen, der Kassenbestand beträgt 37 263,69 M. Die vom 1. Mai erhobenen erhöhten Ortszuschläge haben sich vorteilhaft durchgeführt.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen die Anträge ein. Ein Antrag der besagt, daß Beitragserhöhungen resp. Erhöhungen von Ortszuschlägen vorher die Sektionen beschäftigen soll und alsdann eine Urabstimmung an einem Sonntag vorzunehmen ist, wurde, da das Reglement bestimmte Richtlinien bereits vorschreibt, nach längerer Auseinandersetzung zurückgezogen. — Die Vertrauensleute der Geschäftskutscher und Lagerarbeiter verlangen, daß alle Bekanntmachungen und Mitteilungen außer im „Vorwärts" auch im Mitteilungsblatt der Wahlvereine Groß-Berlins bekannt gemacht werden. — Ein im Sinne gleichlautender Antrag von einem Funktionär gestellt, wurde gemeinsam mit behandelt und nach eingehender Aussprache beide Anträge abgelehnt. Dagegen wurde der Vorschlag der erweiterten Verwaltung, für die Zukunft die Generalversammlungsanzeigen im „Vorwärts" wegfallen zu lassen, angenommen. — Ein weiterer Antrag: 1000 M. aus der Ortskasse zur Unterstützung der Familien aus der letzten großen Bewegung zu bewilligen, wird abgelehnt.

Lohnzulage der Eisenkonstruktionsarbeiter.

Vor einigen Wochen hatten die in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter die Forderung gestellt, die Teuerungszulage für Haushaltungsvorstände um 15 Pf., für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen um 10 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Kürzlich haben zwischen den beiderseitigen Vertretern Verhandlungen stattgefunden, über deren Ergebnis Siering am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung der Eisenkonstruktionsarbeiter berichtete. Die Verhandlungen waren sehr schwierig, weil die Unternehmer zunächst erklärten, sie könnten nichts bewilligen, denn die Konjunktur in ihrem Geschäftszweige sei durchaus nicht günstig. Später machten sie ein sehr kleines Zugeständnis, nämlich 5 Pfennig pro Stunde für alle Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Ausnahme. Das lehnten die Vertreter der Arbeiter ganz entschieden ab und erklärten, ihr letztes Wort sei: Entweder 10 Pf. für Haushaltungsvorstände und 5 Pf. für die übrigen Arbeiter oder für alle ohne Rücksicht auf den Familienstand 8 Pf. Nach längeren Beratungen erklärten sich die Unternehmer bereit, 8 Pf. für alle Arbeiter ohne Ausnahme zu bewilligen und zwar von der Lohnwoche ab, die nach dem 3. Juni begonnen hat.

Die Verhandlungskommission und die Vertrauensmännerkonferenz empfahlen die Annahme der Vereinbarung, da nach Lage der Verhältnisse nicht mehr erreicht werden könne. — In der Versammlung sprachen mehrere Redner gegen den Vorschlag des Referenten. Schließlich wurde die Vereinbarung gegen eine erhebliche Minderheit angenommen.

Eine Beratung der Anträge aus den städtischen Krankenanstalten auf Erhöhung der Konjunkturzulagen fand am Donnerstag im Berliner Rathaus unter Leitung des Herrn Stadtrats Selberg, des Vorsitzenden der Deputation, statt. Erschienen waren zu dieser Sitzung unter anderem die Verwaltungsdirektoren der städtischen Krankenanstalten, die Vorsitzenden der Arbeiterausschüsse, die Stadtverordneten Dr. Weyl und Koblenzer und die Leiterin der Sektion Kranken- und Pflegeanstalten des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Beantragt waren Erhöhungen der Konjunkturzulagen für die gelernten und ungelernten Arbeiter, die nicht in den Anstalten wohnen und beköstigt werden, um 50 M. pro Monat; für die Wärter um 20 M. pro Monat unter Weiterzahlung der Kriegszulage von 35 M. an die verheirateten Wärter; 75 Pf. pro Tag an die Reinigungsfrauen; 20 M. pro Monat für die Näherinnen und 15 M. pro Monat für die Wärterinnen, die Stations-, Haus-, Küchen- und Waschmädchen. Die Verhandlung gab wieder ein buntes Bild von dem Durcheinander der jetzt in den städtischen Anstalten gewährten Kriegs-, Konjunktur-, einmaligen und laufenden Teuerungszulagen, daß es selbst für die Eingemeldeten teilweise recht schwer war, sich darin zurechtzufinden. — Die Forderung der Handwerker, die jetzt neben der Kriegszulage eine Konjunkturzulage von 72 M. pro Monat beziehen, erschien den Vertretern der Deputation und der Anstalten als zu weitgehend. Die Notwendigkeit einer Aufbesserung der Bezüge der ungelernten Arbeiter, die lediglich 6 Mark pro Monat Konjunkturzulage erhalten, wurde allseitig anerkannt. Stark umstritten war die Gewährung einer Zulage an die Wärter und Wärterinnen und an das Haus- und Küchenpersonal. Es kam der Deputation nach der Versicherung des Vorsitzenden vor allem darauf an, die Neuregelung so vorzunehmen, daß das Personal dadurch zufriedengestellt wird, um nicht sofort wieder neue Anträge heraufzubeschwören. Die Vertreter der Arbeiterschaft fanden sich schließlich bereit, um überhaupt zu einer Einigung zu gelangen, ihre Forderungen etwas zu reduzieren, und die Vertreter der Deputation und der Anstalten erklärten, folgende Anträge beim Magistrat unterstützen zu wollen:

1. Gelernte und ungelernte Arbeiter 40 M. pro Monat.
2. Ledige Wärter 14 M. Kriegszulage, verheiratete 40 M. Konjunkturzulage pro Monat.
3. Reinigungsfrauen 75 Pf. pro Tag.
4. Näherinnen 20 M. pro Monat.
5. Wärterinnen, Stations-, Haus- und Küchenmädchen 10 M. pro Monat.

Parteinachrichten.

Gegen Kriegshetzer und Wahlrechtsfeinde.

Eine für vorigen Sonntag von uns einberufene Versammlung in Köln war riesig besucht. Schon lange vor Beginn der Versammlung drängten sich weit über 2000 Menschen im Raume; nach der polizeilichen Absperrung mußten mindestens ebenso viele wieder umkehren. Reichstagsabgeordneter Meerfeld kennzeichnete, oft von Zustimmungskundgebungen unterbrochen, das verderbliche alldeutsche Treiben, das nicht nur den Krieg verlängere, sondern uns bereits mit der Gefahr neuer Kriege bedrohe, in denen sich Europa zerfleischen müsse.

In der Aussprache bekannte sich ein Unabhängiger unter starker Zustimmung unserer Genossen zur sozialistischen Einheitsfront im kommenden Wahlrechtskampf. Als ein anderer Redner sich dagegen wandte, daß man in sozialistischen Versammlungen, wie es auch hier wieder geschehen sei, keine Soldaten hineinlasse, während sie zu den Versammlungen der Vaterlandspartei ungehindert Zutritt hätten, ließ der überwachende Kommissar den Redner durch den Vorsitzenden unterbrechen: „Kritik an militärischen Maßregeln könne nicht geduldet werden." Dabei kam es zu erregten Szenen. Der Vorsitzende mußte sich schließlich dem polizeilichen Willen fügen, fügte aber unter stürmischen Beifallskundgebungen hinzu: „In unserm Urteil darüber sind wir alle vollständig einig". In einer Entschließung zum preußischen Wahlrechtskampf wurde nachdrücklichster Einspruch gegen das bisherige Gaukelspiel mit den Volksinteressen erhoben und von der Regierung Auflösung des Landtags gefordert.

Aus den Organisationen.

Während in dem Geschäftsjahr 1916/17 die Partei wie im ganzen Reiche, so auch im Bezirksverband Dresden durch die hochgehenden Meinungsdifferenzen erheblich von ihren ernsten Aufgaben abgelenkt wurde, hat das abgelaufene Jahr 1917/18 nach der Loslösung der Unabhängigen wieder Zeit zu organisatorischer Arbeit und zur Betätigung im Interesse der werktätigen Bevölkerung gegeben. Im 8. Kreis haben sich, nachdem die frühere Kreisorganisation durch Beschluß ihres Vorstandes aus der Gesamtpartei ausgeschieden war, unsere treugebliebenen Genossen organisatorisch zusammengeschlossen. Der 7. Kreis, infolge seiner guterhaltenen und aktionsfähigen Organisation ein heißumstrittenes Gebiet, lehnte auf seiner vorjährigen Kreiskonferenz den Uebertritt ab. Der Kreis ist auch heute noch, wie sein damaliger Jahresabschluß erkennen läßt, von der im Laufe des vergangenen Jahres von unabhängiger Seite mit Gewalt versuchten Zerreißung vollständig unberührt geblieben. Im 9. Kreis hat sich die vorjährige Generalversammlung einstimmig für die Einheit der Organisation unter Wahrung vollster Meinungsfreiheit ausgesprochen, und die diesjährige Generalversammlung hat diese Entschließung erneut bestätigt. In den übrigen Kreisen des Dresdener Bezirks wurde die Parteibewegung von den Zerreißungsbestrebungen wenig oder gar nicht beeinflußt. Infolge der andauernden Einberufungen ist die Zahl der Mitglieder in den neun ostsächsischen Kreisen von 1916/17 bis 1917/18 von 14 613 auf 12 037 gesunken.

Industrie und Handel.

Der Klingelbeutel geht um.

„Ein Fonds zur Bekämpfung der staatssozialistischen Richtung."

Obwohl die Regierung selbstverständlich fest auf dem Boden der von uns bekämpften gegenwärtigen Gesellschaftsordnung steht, darf sie das Gemeinwohl nicht um der Grundsätze des Manchestertums willen ganz vernachlässigen. Sie sieht sich zu Bindungen des Wirtschaftslebens gezwungen, sehr zum Aerger der Interessenten, die unter dem Schlagwort „Für den freien Handel" alle jene zu mobilisieren versuchen, die die besonders unangenehmen Kriegswirkungen den staatlichen oder halbstaatlichen Kriegswirtschaftsorganisationen zur Last legen. Interessant ist aber, daß der Hansabund den Klingelbeutel für die unbeschränkte Freiheit des wirtschaftlichen Handelns umgehen läßt. Die Ortsgruppe Posen des Hansabundes versendet ein Werbeblatt und knüpft daran folgende Bitte:

Gleichzeitig bitten wir Sie, uns, und zwar vorläufig für drei Jahre, einen möglichst nicht zu gering bemessenen Jahresbeitrag für den

Fonds zur Bekämpfung der staatssozialistischen Richtung

zuzusagen und den ersten Beitrag für uns bei der Bank für Handel und Industrie, Berlin W, 56, Schinkelplatz 1/4, mit dem Vermerk

„Separatkonto Staatssozialismus"

einzuzahlen.

Für gütige Benachrichtigung an uns wären wir Ihnen zu Dank verpflichtet.

In vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
Ortsgruppe des Hansabundes Posen.

Wir fürchten, daß die edlen Spender eine Enttäuschung erleben und daß sich die Verhältnisse mächtiger erweisen als die Wirkungen, die von dem „Separatkonto Staatssozialismus" ausgehen.

Die Gewinne der chemischen Großindustrie — die unzulängliche Kriegsgewinnsteuer.

Die fünf großen chemischen Unternehmen, zu denen noch die Kasseler u. Comp. G. m. b. H. in Frankfurt a. M. kommt, haben stets zu den bestrentierenden deutschen Aktiengesellschaften gehört. Durch die Aufnahme neuer Fabrikationszweige, besonders der Stickstoffgewinnung, haben sie ihren alten Ruf auch im Kriege neu bekräftigt. Die fünf Aktiengesellschaften, Höchster Farbwerke, Bad. Anilin, Farbwerke vorm. Fr. Bayer, A.-G. für Anilinfabrikation, Griesheim-Elektron, Weiler ter Meer, haben im Jahre 1917 ihr Kapital um 182,60 Millionen Mark auf 888,40 Millionen erhöht und den Aktionären die jungen Aktien zu dem Preis von 107 Proz. geliefert, wobei den jungen Aktien noch die Dividendenberechtigung für das Jahr 1917 anhefteten, obwohl das neue Geld am Ertrage dieses Jahres noch nicht mitgearbeitet hatte. Die Ausgabe dieser mit einem so wertvollen Bezugsrechte verknüpften Aktien bedeutet nichts anderes als eine großzügige Verwässerung des Aktienkapitals zur künstlichen Herabdrückung der Dividende. Aus den Gewinnzahlen geht dies deutlich hervor. Die genannten fünf Unternehmen haben zusammen ihren Bruttogewinn um 41,4 auf 194,9 Millionen Mark erhöht, was nahezu 60 Proz. des vermehrten Aktienkapitals ausmacht. Der Gewinn ist fast so groß, als das Aktienkapital vor der Ausgabe der jungen Aktien gewesen ist! Dabei ist zu bemerken, daß die Kriegsgewinnsteuer, verschiedene Abschreibungen und Rückstellung bereits vorweg in Abzug gebracht sind! Die Unkosten sind um 7,7 Millionen Mark auf 82 Millionen Mark, die sichtbaren Abschreibungen sind um 18,3 Millionen auf 63,4 Millionen gestiegen, der Reingewinn hat sich um 14 Millionen Mark auf 110 Millionen Mark erhöht. Die Gesellschaften konnten infolge der großen Kapitalsvermehrung die Dividende kürzen, ohne den Aktionären weniger zukommen zu lassen. Der zur Ausschüttung erforderliche Betrag hat sich um 9,08 Millionen Mark auf 63,10 Millionen Mark erhöht.

Wenn auch mit Recht darauf verwiesen werden kann, daß die chemische Großindustrie seit langen Jahren starke Rückstellungen vornimmt, so daß das werbende Kapital bedeutend größer ist als das Aktienkapital, so muß demgegenüber auch immer wieder betont werden, daß die veröffentlichten Gewinnziffern nur einen Bruchteil des tatsächlich erzielten Gewinnes darstellen, wie sich aus der Vornahme von Abschreibungen und Rückstellungen und der ganzen Kriegssteuerrücklage ergibt. Aus diesen Gründen dürfen wohl die Abschlüsse der chemischen Großindustrie als ein besonders beweiskräftiges Beispiel für die ganz unzureichende Ausgestaltung der Kriegssteuer und für die Notwendigkeit ihrer Erhöhung angeführt werden.

Allgemeine Familienversicherkasse. Sonntag, den 9. Juni: Zahl- und Aufnahmetag von 3—6 Uhr im Restaurant Gerichtstraße 12/13, am Sonnabend, den 22. Juni, in Wildau, Wildauer Hof, von 3—4½ Uhr.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 1. bis 31. Mai nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

Bez. Magdeburg a konto Listensammlung 2040,60; Bezirk Pommern a konto Listensammlung 359,40; Bez. Gr.-Berlin a konto Listensammlung 413,35: Bez. Hessen a konto Listensammlung 9,—; Bez. Oberlangenbielau a konto Listensammlung 123,65; Bez. Zwickau, Beitrag zum Friedens- und Freiheitskampf 400,—; B.-Memel 2,—; Angest. d. „Vorw.“-Exp. 6,—; *—,40; Bez. Görlitz a konto Listensammlung 400,—; *31,—; *3,—; Bez. Brandenburg a konto Listensammlung 1348,60; Bez. Chemnitz a konto Listensammlung 45,95; Bez. Posen a konto Listensammlung 24,04; Bez. Hannover a konto Listensammlung 363,95; *3,05; R. G.-Horka 10,—; Bez. Westpreußen a konto Listensammlung 108,60; Bez. Hamburg a konto Listensammlung 2123,70; Bez. Westl. Westfalen a konto Listensammlung 189,23; von einem Kleinbauern 5,—; Bez. Hannover a konto Listensammlung 367,—; *—,40; *2,—; Bez. Braunschweig a konto Listensammlung 40,—; Bez. Nordbayern a konto Listensammlung 114,78.

Berlin, den 4. Juni 1918.

Der Parteivorstand.

Die mit * versehenen Beträge können wir aus bestimmten Gründen nicht näher bezeichnen.

Mit dieser Quittung schließen wir mit Dank an alle Spender die Sammlung ab.

Entschädigung für Feierschichten.

Die vorübergehende Stillegung ganzer Betriebe im letzten Winter wegen unzureichender Kohlenbelieferung hat, abgesehen von der Unterbrechung der Produktion, für die Arbeiterschaft zahlreiche unfreiwillige Feierschichten zur Folge gehabt. Es entstand die Frage, ob bei solchen unfreiwilligen Feierschichten die Arbeiter Anspruch auf den entgangenen Verdienst haben. Die Rechtslage war um so mehr strittig, als der Arbeitgeber durch die Beschlagnahme und Rationierung der Kohlen gar nicht in der Lage war, aus eigenen Bemühungen heraus den Notstand zu lindern. Die Regelung der Streitfrage von Fall zu Fall durch die Rechtsprechung hat daher auch zu abweichenden Entscheidungen geführt. Es haben schließlich Verhandlungen zwischen dem Kriegsamt und dem Kriegswirtschaftsamt und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattgefunden, die zu einer Verständigung führten. Mit Rücksicht darauf, daß das Reich die Verteilung der Kohlen übernommen hatte, wollte sich auch dieses an einer von den Arbeitgebern zu gewährenden Entschädigung beteiligen. Die Entschädigung sollte unter folgenden Bedingungen gewährt werden: Es mußte sich um Einstellung und Beschränkung der Arbeit im Gebiet der Rüstungs- und Ernährungsindustrie handeln, die in die Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 fielen. In Zweifelsfällen sollte das Kriegsamt entscheiden, ob eine Arbeitseinstellung auf den Kohlenmangel zurückzuführen sei. Die Entschädigung wurde auf 70 Proz. des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes bemessen. Um jedoch den verschiedenartigen Lebens- und Verdienstverhältnissen in einzelnen Teilen des Reiches gerecht zu werden, wurde als untere Grenze der Entschädigung das Doppelte, als obere das Vierfache des Ortslohnes für den Tag festgesetzt. Sich dann noch ergebende ungerechtfertigte Verschiedenheiten sollte das Kriegsamt ausgleichen. Die Entschädigung für soviel ausgefallene Arbeitsstunden, wie in dem betreffenden Betriebe auf fünf Arbeitstage ohne Ueberarbeit regelmäßig entfallen, sollte der Arbeitgeber allein tragen und für die einen weiteren Arbeitstag entsprechende Zahl von Arbeitsstunden eine Entschädigung nicht gewährt werden. Von der für weitere ausgefallene Arbeitsstunden gezahlten Entschädigung wollte das Reich dem Unternehmer fünf Siebentel zurückvergüten. Diese Grundsätze sind im Näheren dann durch Bestimmungen des Bundesrats vom 31. Januar 1918 festgesetzt worden. Trotzdem sind eine Reihe von Streitigkeiten entstanden, weil Arbeitgeber sich weigerten, die vereinbarte Entschädigung zu gewähren. Sie stützen sich darauf, daß die Bundesratsverordnung keine gesetzliche Verpflichtung, die Entschädigung zu zahlen, voraussähe und daß sie keiner Organisation von Arbeitgebern angehörten und damit auch der Zwang der Versicherung für sie wegfiele, und schließlich auch ihre eignen Arbeitsordnungen Bestimmungen über die Lohnregelungen bei Arbeitsausfällen enthielten. Durch einen Erlaß des Kriegsamts, der in Nr. 51 der amtlichen Mitteilungen und Nachrichten des Kriegsamts veröffentlicht wird, wird nun besonders betont, daß es sich bei der fraglichen Vereinbarung um Ausnahmezustände gehandelt habe, denen nur durch Ausnahmemaßnahmen habe begegnet werden können. Daraus ergebe sich, daß die Arbeitsordnungen für die Entschädigung der Feierschichten nicht in Frage kommen könnten, da sie immer nur Arbeitsunterbrechungen im Auge gehabt hätten, wie sie sich im Frieden ereigneten, nicht aber Ausnahmeunterbrechungen von einer solchen Dauer, wie sie durch die Feierschichten notwendig geworden seien. Gerade weil ja die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichten, sei zu den Sonderbestimmungen gegriffen worden. Der gesetzliche Zwang sei absichtlich zunächst nicht angewandt worden, um nicht unnötig die dringende Erledigung der Frage zu verzögern. Weiter aber auch habe man bei allen beteiligten Kreisen das nötige soziale Verständnis für diese von Arbeitnehmern und -gebern beantragte und vereinbarte unbedingt notwendige Maßnahme in einem solchen Maße vorausgesetzt, daß die moralische Kraft der Vereinbarung und des guten Beispiels als genügend erachtet worden sei, ohne den Zwang gesetzlicher Bestimmungen. Aus dieser Auffassung heraus habe man angenommen, daß sich auch die nicht Organisationen angehörenden Arbeitgeber der Bundesratsverordnung anschließen würden. Das Kriegsamt hofft nunmehr, daß dieser Appell ausreichen werde, um auch diejenigen Arbeitgeber, die sich bisher noch geweigert haben, zu veranlassen, nunmehr die Entschädigung nachträglich zu zahlen. Sollte das nicht zutreffen, so würde das Kriegsamt sich genötigt sehen, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen.

Sofern nunmehr auch die beteiligten Organisationen zu einer Bezahlung der Feierstunden für ihre Mitglieder nicht kommen können, wird es sich empfehlen, daß sie erneut das Kriegsamt unter Darlegung der Sachlage anrufen.

Es ist aber dabei immer zu beachten, daß es sich um Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie handeln muß, wenn die Verordnung des Bundesrats vom 31. Januar 1918 Anwendung finden soll. Für sonstige Industrien bleibt, wie früher, das alte Recht bestehend. Dieses ist vom Landgericht Dresden dahin ausgelegt worden, daß der Arbeitgeber für den Schaden haftet. In dem in Streit stehenden Fall waren die Arbeiter auch infolge Kohlenmangels zum Aussetzen gezwungen gewesen. Sie hatten sich aber dem Betrieb zur Verfügung gestellt. Das Landgericht ging davon aus, daß nach dem Wesen des Arbeitsvertrags nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer für die Arbeitsmöglichkeit zu sorgen habe, und daß ihm deshalb auch die Verpflichtung obliege, die Kohlen zu beschaffen. Dies habe die Firma versucht, sie habe es aber nicht gekonnt. Dieser zufällige Mangel sei zwar kein Verschulden der Firma, aber ein Verschulden sei auch nicht erforderlich, um in Verzug zu kommen. Die Kläger seien zu fortlaufender Arbeitsleistung verpflichtet und der Arbeitsvertrag nicht gelöst gewesen. Sie seien zur Arbeitsleistung bereit gewesen, die Firma habe aber, wenn auch durch die Umstände gezwungen, die Leistung nicht angenommen. Sie sei dadurch in Verzug gekommen und habe den Verdienstausfall zu ersetzen.

Die Stempelsteuern.

Der Haushaltsausschuß trat am Donnerstag in die Einzelberatung der Stempelsteuern ein. Der Errichtungsstempel für Aktiengesellschaften soll betragen 5 v. H., für Gesellschaften mit beschränkter Haftung bei einem Stammkapital bis 300 000 M. 3 v. H., über 300 000 M. 5 v. H. (Bisher Aktiengesellschaften 4½ v. H., Gesellschaften mit beschränkter Haftung 3 v. H.) Der Entwurf will die G. m. b. H., die sich mit dem Erwerb und der Verwertung von Grundstücken befassen, mit einem Stempel von 7 v. H. (bisher 5 v. H.) belasten. Die Fortschrittler beantragen, es bei dem Stempel von 5 v. H. zu belassen. Dem wurde entgegengehalten, daß von Terraingesellschaften die Form der G. m. b. H. vielfach gewählt wird, um sich dem Grundstücksstempel zu entziehen. — Das Zentrum will alle G. m. b. H. mit einem Stempel von 5 v. H. belasten. Dieser Antrag des Zentrums wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Ein Antrag Keil, statt 300 000 M. zu setzen 500 000 M. als die obere Grenze für den Stempel von 3 v. H., wurde angenommen. Der Antrag der Fortschrittler, die Terrain-G. m. b. H. nur mit 5 v. H. zu belasten, wurde abgelehnt. Für die Kolonialgesellschaften wurde der Steuersatz auf 3 v. H., statt der vorgeschlagenen 3½ v. H. festgesetzt. — Bei den Gesellschaftsverträgen wird der Stempel auf vier Zehntel v. H. (bisher ein Zehntel v. H.) festgesetzt. Die Sozialdemokraten beantragten, einzufügen: „Im Genossenschaftsregister eingetragene

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften,

deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, ein Zehntel v. H.“ Der Antrag wird angenommen. Ferner soll nach einem Antrag des Berichterstatters bestimmt werden: „Wird eine Erhöhung der Einlagen zur Beseitigung oder Verhütung einer Unterbilanz vereinbart oder beschlossen, so ist der hierauf gerichtete Vertrag oder Beschluß von der vorgeschriebenen Abgabe befreit.“ Nach einer kurzen Begründung durch den Abg. Keil wurde der Antrag **angenommen.** Bei den im Gesetz vorgesehenen Befreiungen vom Stempel werden auf Antrag des Abg. Keil auch die **Siedlungsunternehmungen** in dem Sinne einbezogen, daß der Bundesrat zur Befreiung ermächtigt wird.

Ausländische Aktien werden stempelpflichtig, wenn sie im Inlande veräußert werden, und zwar mit 5 v. H. (bisher 3 v. H.). Bei dem Stempel für Schuld- und Rentenverschreibungen regt Abg. Erzberger an, auch den Stempel auf Obligationen und Schuldverschreibungen zu erhöhen, und zwar auf 3 v. H., statt der vorgeschlagenen 2½ v. H. (bisher 2 v. H.), ferner den Stempel auf ausländische Schuldverschreibungen ebenfalls entsprechend zu erhöhen. — Die Unabhängigen Sozialdemokraten beantragen im Gegensatz dazu, den Stempel auf ausländische Schuldverschreibungen auf ½ v. H. herabzusetzen. — Unterstaatssekretär Schiffer: Dem Antrag des Abg. Erzberger, den Stempel für die Schuldverschreibungen sonstiger inländischer Schuldner (Industrieobligationen) auf 3½ v. H. zu setzen, kann unbedenklich zugestimmt werden. Dagegen gebieten wirtschaftspolitische Erwägungen, den Stempel auf Schuldverschreibungen ausländischer Staaten nicht über 1½ v. H. zu erhöhen. — Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt, der Antrag Erzberger angenommen. Der Steuersatz für Zinsbogen wird nach einem Antrag Erzberger von 1½ auf 2 v. H. (bisher 1 v. H.) erhöht. Eine Reihe weiterer Ziffern des Tarifs wurden ohne wesentliche Aenderung angenommen und die Beratung dann auf Freitag vertagt.

Arbeitskammern.

Die Beratung über die Organisationsart der **Kammern kam** in der Donnerstagssitzung des 34. Reichstagsausschusses zum Abschluß. Ein Antrag der Nationalliberalen verlangt grundsätzlich Territorialkammern und will Fachkammern nach dem Bedürfnis zulassen. Die Regierung lehnt ihn entschieden ab und wiederholt, daß sie nur den Antrag Trimborn, soweit er für diejenigen Arbeitergruppen, die einer fachlichen Arbeitskammer nicht angehören, gemeinsame Kammern herbeiführen will, akzeptieren könnte. Anscheinend war diese Zustimmung dem Antrage Trimborn im voraus sicher, entspricht er doch fast wörtlich einer früheren Auffassung des Reichswirtschaftsamts. Am Freitag erfolgen die Abstimmungen. Silberschmidt (Soz.) hält die für die Haltung der Regierung angeführten Gründe nicht für die entscheidenden; offenbar sollen durch Fachkammern zahlreiche, wirtschaftlich schwache Arbeitergruppen ausgeschlossen werden.

Ernährungsfragen.

In der Sitzung des Ernährungsausschusses wurde die Debatte über die Preisregelung fortgesetzt. Von Fegter (Vp.) wird die Ansicht vertreten, daß bei der Preisfestsetzung der Arbeitslohn als Grundlage dienen müßte. Albrecht (U. Soz.) hält die Druschprämien für immoralisch und ungerecht. Matzinger (Z.): Die Druschprämie ist nur eine Entschädigung für größere Aufwendungen. Auch Weilnböck (k.) verwirft die Druschprämien, weil sie nicht einheitlich wirken. Stubbe (Soz.): Die Drusch- und Lieferungsprämien bedeuten für die Produzenten eine indirekte Erhöhung der Preise. Diese käme nur den größeren Grundbesitzern zugute, der kleinere Grundbesitzer habe während der Ernte keine Zeit zum Ausdreschen des Getreides. Die **Erhöhung der Gemüse- und Obstpreise** sei in Anbetracht der voraussichtlichen Ernte unverantwortlich. Die hohen Gemüsepreise haben einzelne Landwirte im Dithmarschen veranlaßt, ihre Fettweiden umzubrechen und mit Kohl zu bebauen. Unterstaatssekretär Dr. Müller weist es zurück, daß vom Kriegsernährungsamt ein Vertuschungsmanöver betrieben werde, wie es der Abg. Fegter behauptet habe. Er habe schon im Januar in einer Versammlung auf die

Kürzung der Brotration

hingewiesen. Das Kriegsernährungsamt macht den weitgehendsten Gebrauch, die Bevölkerung aufzuklären. Die Brotration sei durch die Getreideordnung nicht festgesetzt. Sobald über die Ernte eine Uebersicht vorliegt, wird die Brotration von neuem geregelt. Nach pflichtgemäßem Ermessen werde auch in diesem Jahre wieder eine Druschprämie zu gewähren sein, um das Getreide rechtzeitig in die Hand zu bekommen. Die Preise für Obst und Gemüse seien nur Richtpreise. Eine Erhöhung war notwendig, um die Städte mit Ware zu versorgen.

Groß-Berlin

Wenn die Zange des Straßenbahnschaffners vorbeigreift.

Die neuen Straßenbahnfahrscheine, die mit dem neuen Straßenbahnfahrpreis eingeführt wurden, sind schon für viele Fahrgäste und für die Angestellten der Straßenbahn zu einer Quelle des Verdrusses geworden. Andauernd wird geklagt, daß bei den Scheinen für zwei und denen für acht Fahrten die der Kontrolle dienende besondere Art der Lochung leicht zu Irrtümern der Schaffner und zu Schädigungen der Fahrgäste führt. Als uns in den ersten Tagen und Wochen verschiedene Beschwerden hierüber zugingen, waren wir geneigt, die Mängel aus der Neuheit dieser Einrichtung zu erklären. Aber die Hoffnung, daß die Sache allmählich doch klappen würde, hat sich bisher nicht erfüllt, und die Klagen haben noch zugenommen. Aus unseren eigenen Beobachtungen bei Straßenbahnfahrten können wir bestätigen, daß Streitereien zwischen Fahrgästen und Angestellten wegen angeblich oder tatsächlich falscher Lochung der Fahrscheine leider nicht selten sind. Auf den Scheinen zu zwei Fahrten muß bei der ersten Fahrt das Datum durch Lochung des Tages und des Monats gekennzeichnet werden, damit bei der zweiten Fahrt die Gültigkeitsdauer des Scheines festzustellen ist. Bei der zweiten Fahrt soll dann die Lochung eines bestimmten Buchstabens, der dem Schaffner zugewiesen ist, die Kontrolle ermöglichen. Auch auf den Scheinen zu acht Fahrten dient die Buchstabenlochung als Mittel zur Kontrolle darüber, ob der Fahrgast seinen Schein für die betreffende Fahrt dem Schaffner schon zur Lochung überreicht hat oder nicht. Es ist aber ein wahres Kunststück, bei den Erschütterungen des fahrenden Wagens oder zur Abendzeit bei mangelhafter Beleuchtung immer richtig zu lochen. Wenn auf dem Fahrschein die Zange des Schaffners versehentlich und unbemerkt an eine falsche Stelle gerät, dann kann das für den Fahrgast verdrießliche Folgen haben. Kommt ein Kontrolleur oder kontrolliert der Schaffner selber, dann muß der vermeintliche Fahrgeldhinterzieher damit rechnen, daß bei Ermangelung von Zeugen ihm alle Beteuerungen nichts nützen. Welcher Schaffner soll denn bei der tollen Wagenüberfüllung im Drang seiner hastenden Arbeit immer so sicher im Kopf behalten, ob er einem Fahrgast den Schein schon gelocht hat oder nicht! Bei den Doppelscheinen fehlt nach falscher Lochung des Datums vollends jede Möglichkeit, am nächsten Tage einem anderen Schaffner den vorgekommenen Irrtum glaubhaft zu machen. Der Fahrgast ist da sein Geld los und muß den Fahrpreis nochmals opfern — oder er muß absteigen. Vielleicht blüht mal einem sogar eine Anzeige wegen Betrugsversuches, den man ihm zur Last legen zu müssen glaubt. Eine der neuesten uns zugegangenen Beschwerden richtet heftige Angriffe gegen die Straßenbahngesellschaft und spricht die Vermutung aus, daß solche sich häufenden Irrtümer den Aktionären noch einen beträchtlichen Gewinn auf Kosten der Bevölkerung zuführen werden. Der Einsender erzählt uns, daß seine elfjährige Tochter einen Doppelschein lösen und daß bei der eine Stunde später angetretenen Rückfahrt dieser Schein als „schon abgelaufen“ zurückgewiesen wurde. Bei der ersten Fahrt war dem ahnungslosen Kind entgangen, daß die Schaffnerin irrtümlich ein schon um zwei Tage zurückliegendes Datum gelocht hatte. Das Mädchen wurde bei der zweiten Fahrt, weil es kein Geld weiter bei sich hatte, ohne Gnade vom Wagen gewiesen und mußte den reichlich einstündigen Weg zu Fuß zurücklegen. Der Einsender fordert, daß wie auf den städtischen Straßenbahnen auch auf den Linien der Straßenbahngesellschaft die Doppelscheine unbeschränkte Gültigkeit haben müßten. Denselben Vorschlag macht ein anderer Beschwerdeführer, der schon zweimal mit Doppelscheinen hineinfiel, weil sie falsch gelocht waren und dann als „abgelaufen“ zurückgewiesen wurden. „Man kommt sich da vor wie ein Verbrecher!“ schreibt er uns. Wir halten das Verlangen unbeschränkter Gültigkeit der Doppelscheine für sehr berechtigt; dabei würde wenigstens der Verdruß falscher Lochung des Datums aus der Welt geschafft. Schwerer mag die Frage zu lösen sein, was gegen die falschen Buchstabenlochungen geschehen soll. Wir glauben aber, daß die Straßenbahndirektion bei gutem Willen auch hier ein Abhilfemittel finden wird. Zu wünschen wär's nicht nur für die Fahrgäste, die vor Schaden bewahrt bleiben möchten, sondern auch für die mit Arbeitslast ohnedies hinreichend geplagten Angestellten, über die sich der Grimm geschädigter Fahrgäste entlädt.

Der Einheitsvertrag mit den Siemensbahnen.

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin hat dem Entwurf zu einem nach dem Vorbild des Vertrages mit der „Großen Berliner“ abgeschlossenen Einheitsvertrages mit den Berliner Elektrischen Straßenbahnen (Siemensbahnen) ohne Aenderungen zugestimmt. Der gleiche Tarif wie bei der Großen Berliner Straßenbahn tritt auf den Linien der Siemensbahnen am 1. Juli in Kraft; nur die Monatskarten und Arbeiterwochenkarten, die schon bisher bei der Gesellschaft niedrigere Preise hatten, werden billiger sein und zwar sollen kosten die Monatskarten für eine Linie 8,50 M., und 10 M. für alle Linien der Gesellschaft, während der Preis für Arbeiterkarten zu 12 Fahrten 1,20 M. und zu 20 Fahrten 2,20 M., sowie für Schülerkarten 4 M. beträgt.

Als Gegenleistung für die Zustimmung des Verbandes zur Tariferhöhung verpflichtet sich die Gesellschaft in dem Vertrage zur Herstellung neuer Strecken in Treptow und Buchholz; ferner sollen die gegenwärtigen eingleisigen Linien zweigleisig ausgebaut werden. Ebenso wie die Große Berliner haben sich auch die Siemensbahnen verpflichtet, Warteräume zu errichten, Fahrplantafeln und Linienschilder anzubringen; auch der Betrieb soll durch weitere Verpflichtungen der Gesellschaft und durch die Einrichtung eines Anschlußbetriebes mit der Großen Berliner Straßenbahn von Buchholz über Pankow nach Berlin verbessert werden. Dem Verbande Groß-Berlin werden zwei Sitze im Aufsichtsrat eingeräumt. Weiter wird das Erwerbsrecht durch Festsetzung des Mindestpreises auf 150 statt 100⅔ Proz. im bisherigen Vertrage verbessert und die Abgabe der Gesellschaft an den Verband erhöht. Es ist eine einheitliche Reingewinnabgabe schon über 5 Proz. Dividende hinaus vereinbart worden. Statt der bisherigen Abgaben in den Verträgen der einzelnen Vorortgemeinden ist eine feste Abgabe von jährlich 10 000 M. in dem Vertrage festgesetzt worden. Auch bei den Siemensbahnen hat sich die Stadt Berlin bereit erklärt, dem Verbande Groß-Berlin 2 Proz. der Bruttoabgabe bei Erhöhung von 8 auf 10 Proz. und die Abgabe vom Reingewinn zu überlassen.

Von den Bebauungsplänen, die dem Verbandsausschuß vorlagen, wurden die Pläne für Neukölln, Buckow, Fredersdorf, Altlandsberg und Woltersdorf durch Zustimmung erledigt; der Gesamtbebauungsplan für Spandau östlich der Havel wurde vertagt.

Nichts für arme Leute!

Als „Ersatz für Fleisch“ wurde schon in Friedenszeiten immer wieder der Fisch empfohlen. In der Kriegszeit bedarf es dieser Empfehlung nicht, aber leider fehlt es jetzt zur Befriedigung der Nachfrage an der nötigen Menge Fische. Auch sind die Preise für Fisch zu einer Höhe gestiegen, die man früher nie für möglich gehalten hätte. Den Unbemittelten wird es noch durch einen anderen Umstand erschwert, sich mal etwas Fisch zu leisten. Ein Kriegsbeschädigter, der mit seiner knappen Rente auskommen soll, schreibt uns, welche Erfahrungen er letzthin bei einem Fischkaufversuch gemacht hat. In der Zentral-Markthalle und auch in der Markthalle an der Andreasstraße sah er, daß Händler den sehr begehrten Kabliau nur im ganzen verkauften. Er klagt, daß es hierdurch einer kleinen Familie von vornherein unmöglich gemacht wird, diesen Fisch zu kaufen. Einen Kabliau kann man im Sommer nicht lange aufbewahren — und eine so bedeutende Menge Fisch im Gewicht von 8 Pfund und darüber rasch wegzuessen, dazu langte bei dem Kriegsbeschädigten das Geld nicht. In dieser Zeit der Knappheit aller Lebensmittel glaubt so mancher Händler, auf Wünsche von Käufern nicht Rücksicht nehmen zu müssen, denn er wird die Ware unter den Umständen reißend los. Vorschriften darüber, ob Kabliau auch im Ausschnitt verkauft werden muß, gibt es ja nicht. Unser Kriegsbeschädigter klagt ferner, daß beim Verkauf von Fischen im Ausschnitt der Preis so sehr viel höher als

beim Verkauf ganzer Fische ist. Dadurch wird Unbemittelten der Fischkauf selbst da erschwert, wo ein Händler sich zum Verkauf im Ausschnitt herbeiläßt. Ein solcher „Ersatz für Fleisch“ ist wirklich nichts für arme Leute.

Verkauf von Heringen.

Auf die Abschnitte A und C der Berliner Bezugkarte wird bis auf weiteres zusammen 1/4 Pfund Heringe in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften verabfolgt. Der Verkauf beginnt am 12. Juni und wird so lange fortgesetzt, bis annähernd jeder mit 1/2 Pfund Heringen versorgt ist.

Preisaushang in Obst- und Gemüseläden. Die Obst- und Gemüsekleinhändler werden vom Kriegswucheramt daran erinnert, daß sie verpflichtet sind, einen von außen gut leserlichen Aushang im Verkaufsraum oder am Betriebsstande anzubringen, aus dem der genaue Verkaufspreis der Waren im einzelnen ersichtlich ist. Auf die Durchführung dieser Maßnahme wird durch häufige polizeiliche Kontrolle geachtet werden.

Geradezu makronenhaft! Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat auf ihrem Lehrgang in Bonn eine epochale Entdeckung ans Tageslicht fördern helfen. Nach ihrer Mitteilung bereitet man dort „Kuchenbrot aus Wildäpfeln“. Der Leser braucht aber nicht zu erschrecken, denn die Wildäpfel entsprechen beileibe nicht dem gleichbenannten Produkt unserer Pferde, es sind keine Aepfel des Wildes, sondern wildwachsende Aepfel gemeint. Und damit soll sich — immer nach Ansicht der Reichsstelle für Obst und Gemüse — ein „geradezu an Makronenkuchen erinnernder Geschmack“ erzielen lassen, was natürlich mit Aepfeln des Wildes nicht möglich wäre.

Zur Betriebsversammlung der Firma Ludwig Löwe werden wir gebeten richtigzustellen, daß die am Eingang des Berichts erwähnten Vorschläge (Sammellisten, Abzug eines Tagelohns) nicht von der Firma Löwe, sondern vom Ausschuß der Ludendorff-Spende ausgingen.

Nach Finnland werden fortan auch eingeschriebene offene Briefe, Postkarten und Warenproben befördert.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf. Kassenöffnung 7 Uhr.

„Torpedo los!“, ein Massenschaustück des Zirkus Sarrasani, wird vom 29. Juni ab im Zirkus Busch-Gebäude zur Aufführung gelangen. Das Schaustück verherrlicht in zehn Bildern die Taten unserer U-Boot-Helden.

Der Sportpark Treptow veranstaltet am Sonntag wieder ein größeres Rennen. Sechs Dauerfahrer werden sich in zwei Läufen über je 30 Kilometer begegnen. Einige Fliegerrennen ergänzen das Programm. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Was alles gestohlen wird. Im Hause Große Frankfurter Str. 16 wurde das elektrische Hauskabel, das zurzeit einen Wert von 2000 M. hat, über Nacht gestohlen. Das in drei Stockwerken untergebrachte Jugendheim des Ostens und eine größere Fabrik sind infolgedessen ohne Beleuchtung.

Charlottenburg. Lebensmittel. Mit Beginn der neuen Fleischkartenperiode wird erneut der Umtausch der Fleischkarten stattfinden, und zwar werden auf eine Vollfleischkarte für je 250 Gramm Fleisch 250 Gramm mehlhaltige Nährmittel, für eine Kinderfleischkarte die Hälfte gewährt. Der Umtausch der Fleischkarten findet nur vom 10. bis 15. Juni buchstaben- und tageweise geordnet von 8 1/2 bis 3 Uhr in den amtlich bekanntgegebenen Geschäftsstellen gegen Vorlage der Familien-Ausweiskarte statt.

Die Nährmittel können, soweit Grieß, Graupen und Teigwaren in Frage kommen, in allen städtischen Kolonialwarengeschäften, in deren Kundenlisten geführt werden, die übrigen Nährmittel in den 36, in verschiedenen Stadtteilen gelegenen, durch einen Aushang kenntlich gemachten städtischen Verkaufsstellen entnommen werden.

Da sich unter Umständen im Laufe der nächsten Wochen vorübergehend eine Kürzung der Milchportionen der drei- bis sechsjährigen Kinder nicht vermeiden lassen wird, wird an diejenigen Kinder, welche eine B- oder C-Milchkarte besitzen, im Monat Juni einmalig 1 Pfund Grieß ausgegeben. Die Berechtigungskarten hierfür können in der Zeit vom 12. bis 20. Juni von 10 bis 4 Uhr in den zuständigen Brotkommissionen gegen Vorlage eines amtlichen Ausweises über das Alter des Kindes abgeholt werden. Die Ware kann vom 13. Juni ab in den bekannten 36 städtischen Verkaufsstellen entnommen werden. Diese Zuweisung soll eine Reserve für den Fall des Ausfallens der Milch darstellen.

Lichtenberg. Lebensmittel. In den städtischen Verkaufshallen Kronprinzen- und Marktstraße kann ohne vorherige Anmeldung gegen Abtrennung der beiden gleichlautenden Abschnitte 221 K der Lichtenberger Lebensmittelkarte soweit Vorrat vorhanden eine Flasche dänische sterilisierte Vollmilch zum Preise von 1,40 M. entnommen werden.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Von Mittwoch, den 5., bis einschließlich Sonnabend, den 8. Juni, ist die Voranmeldung für den Bezug von Nährmitteln und Brotaufstrichmitteln auf die Abschnitte 36 bis einschließlich 42 der dritten allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte, sowie auf die Abschnitte 15 und 16 der Lebensmittelkarte für Jugendliche zu bewirken. Die Voranmeldung hat anläßlich der Entnahme von Marmelade auf Abschnitt 34 bei demselben Kleinhändler auf alle genannten Abschnitte zugleich zu geschehen, bei dem der Karteninhaber die Voranmeldung für den Warenbezug auf Abschnitt 34 vorgenommen hatte. Die auf die einzelnen Abschnitte abzugebenden Waren und die Abgabetage werden noch veröffentlicht.

Auf Grund besonderer, durch die Brotkommissionen zu verteilender Ausweise werden bekanntlich demnächst 2 Pfund Einmachezucker oder 3 Pfund Kunsthonig auf den Kopf der Bevölkerung abgegeben. Entsprechend den vom Beirat der Staatlichen Verteilungsstelle gefaßten Beschlüssen kann auch in diesem Jahre eine weitere Verteilung von Einmachezucker an Gartenbesitzer nicht vorgenommen werden.

Spandau. Lebensmittel. Eierabschnitt 31 der Lebensmittelkarte verliert mit Ablauf von Freitag, den 7. d. Mts., seine Gültigkeit. Von Sonnabend ab kann gegen Abtrennung von Eierabschnitt 33 ein Ei bezogen werden. Eierabschnitt 32 ist ungültig.

In der städtischen Gärtnerei in der Götelstraße können wochentäglich noch sämtliche Gemüsepflanzen bezogen werden. Ferner sind in der Verkaufsstelle im Rathause noch Saatbohnen erhältlich

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 32 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 150 Gramm Grieß und auf Abschnitt 13 für Jugendliche 100 Gramm lose Suppen abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich den 9. d. M. zu erfolgen. Auf Abschnitt 154 der Lebensmittelkarte für die Gemeinde wird eine Dose a 1 Pfd. Blutkonserven zum Preise von 2,75 M. abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat ebenfalls bis einschließlich den 9. d. M. zu erfolgen.

Weißensee. Lebensmittel. Auf Abschnitt 28 der allgemeinen Lebensmittelkarte und auf Abschnitt 14 für Jugendliche entfallen je 1 Pfund Gemüsekonserven, auf das Mittelstück der alten allgemeinen Lebensmittelkarte 1/2 Pfund Kunsthonig. Die Entnahme der Konserven und des Kunsthonigs muß in dem Geschäft stattfinden, in welchem die alten allgemeinen Lebensmittelkarten und die alten Karten für Jugendliche zum Bezuge von Nährmitteln angemeldet worden sind. Die Entnahme der vorbezeichneten Waren kann vom Freitag, 7. d. Mts., ab erfolgen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Unterschied zwischen einzelnen Konserven nicht gemacht werden kann. Alle Sorten sind als gleichwertig anzusehen. Bei der Auslieferung der Konserven sind die vorbezeichneten Abschnitte der genannten Karten abzutrennen und bei der Abgabe von Kunsthonig die Mittelstücke der alten allgemeinen Lebensmittelkarten einzuziehen.

Nach dem bisherigen Ergebnis der unterm 30. d. M. zugelassenen Voranmeldung auf Abschnitt 29 der neuen allgemeinen Lebensmittelkarten ist anzunehmen, daß eine Anzahl Verbraucher sich noch nicht gemeldet hat. Mit Rücksicht darauf, daß die jetzige Voranmeldung auch zum Bezuge von Nährmitteln auf die nächsten Abschnitte der allgemeinen Lebensmittelkarte und auch zur Entnahme von je 2 Schachteln Streichhölzern berechtigen soll, wird die Frist zur Voranmeldung ausnahmsweise noch bis zum Sonnabend, den 8. d. M., verlängert. Nach Ablauf dieser Frist können Säumige unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden.

Nowawes. Ausgabe von Einmachezucker oder Kunsthonig. Auf Abschnitt 62 der Lebensmittelkarte soll die Ausgabe von Einmachezucker oder Kunsthonig stattfinden. Auf den Kartenabschnitt werden 2 Pfund Einmachezucker oder 3 Pfund Kunsthonig verteilt. Die Karteninhaber haben heute und morgen den Kartenabschnitt bei dem Kleinhändler abzugeben. Der Tag der Ausgabe wird noch bekannt gegeben.

Königswusterhausen. Förderung der Bautätigkeit. Nachdem die Gemeindevertretung eine Sonderkommission mit der Ermächtigung eingesetzt hatte, zur Förderung der Bautätigkeit die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft in die Wege zu leiten, sind die Verhandlungen bereits soweit gefördert worden, daß die Kommission in ihrer ersten Sitzung die Statutenberatung beenden konnte. Sie wird die Bildung eines Gemeinnützigen Bauvereins, Königswusterhausen, Akt.-Ges., mit einem Grundkapital von 150 000 M. empfehlen. Die Einzelanteile sollen auf 300 M. bemessen werden, wovon 50 M. beim Eintritt zu entrichten sind. Als Gesellschaftsform wurde die gemeinnützige Aktiengesellschaft gewählt, um der Gemeinde, den industriellen Unternehmungen, den Bahn- und Postverwaltungen einen der Höhe ihrer Beteiligung entsprechenden Einfluß auf die Tätigkeit des Bauvereins zu sichern. Die öffentliche Gründungsversammlung dürfte in etwa 14 Tagen erfolgen. — Durch Erwerbung eines Anteils von 300 M., von dem zunächst nur 50 M. einzuzahlen sind, kann sich jeder die Anwartschaft auf eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung sichern.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Nowawes. Sonnabend, den 8. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokal von Max Singer, Priesterstraße 31: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Friedensschlüsse im Osten und ihre Folgerungen. Referent: Reichstagsabg. Dr. Lensch. Geschäftliches. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung und Wahl der Delegierten. — Gäste haben Zutritt.

Gerichtszeitung.

„Drückebergerei“

sollte ein Bankprokurist Alfred Katzenstein versucht haben, der im Februar 1915 zum Heeresdienste eingezogen wurde und dem Ersatzbataillon des 2. Garderegiments z. F. angehört. Er war garnisondienstfähig in der Heimat befunden worden und arbeitete dann bei der Kassenverwaltung des Regiments, wurde aber entgegen den Ergebnissen der wiederholten früheren Untersuchungen im November 1917 von der Generalmusterungskommission nach erneuter Untersuchung für kriegsverwendungsfähig erklärt. Als man ihn zum Ausrücken ins Feld ansetzte, hatte er auf der Straße einen Ohnmachtsanfall mit völliger Bewußtlosigkeit, so daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort traf noch an demselben Abend die telephonische Mitteilung vom Regiment ein, der Mann sei Simulant und wolle nicht ins Feld. Jetzt mußte Katzenstein sich vor dem Militärgericht verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, er habe aus Feigheit seine Dienstpflicht verletzt, indem er durch Anwendung eines auf Täuschung berechneten Mittels sich ihr zu entziehen versucht habe, und habe durch abfällige Aeußerungen über jene Entscheidung der Generalmusterungskommission unter seinen Kameraden Mißvergnügen in bezug auf den Dienst zu erregen unternommen. Die Anklagebehörde meinte, daß der Ohnmachtsanfall zwar echt gewesen, aber von K. selber durch irgendein Mittel herbeigeführt worden sei. Dieser Verdacht stützte sich auf Angaben einer bei der Kassenverwaltung des Regiments beschäftigten Schreiberin, die einem Oberleutnant gemeldet hatte, K. habe auf die Generalmusterungskommission geschimpft und erklärt, er werde schon einen Trick anwenden, um nicht kriegsverwendungsfähig zu bleiben. Der Angeklagte versicherte vor Gericht, er habe nur davon geredet, daß er seinen Hauptmann bitten wollte, auf nochmalige Untersuchung hinzuwirken, weil er sich nicht kriegsverwendungsfähig fühle. Die Zeugin hielt unter Eid ihre Beschuldigungen aufrecht. Ueber Katzensteins Krankheitszustand wurden fünf Aerzte als Sachverständige vernommen, neben zwei Aerzten des Bataillons auch Geheimrat Leppmann und sein Assistent, die ihn nach dem Ohnmachtsanfall sahen und untersuchten, und Prof. Umber vom Charlottenburger Krankenhaus Westend, der als Fachbeirat des Gardekorps ihn schon im August 1917 zu untersuchen hatte. Alle Sachverständigen bekundeten, K. habe ein Herzleiden auf neuropathischer Grundlage, das jenen Ohnmachtsanfall erklärlich mache, so daß man nicht künstliche Herbeiführung anzunehmen brauche. Infolgedessen ließ der Anklagevertreter selber diesen Teil der Anklage fallen und beantragte hierzu die Freisprechung. Als erwiesen galt ihm dagegen der Versuch, Mißvergnügen zu erregen, wofür K. mit zwei Monaten Gefängnis zu bestrafen sei. Der Verteidiger beantragte Freisprechung auch von diesem Teil der Anklage, weil die Belastungszeugin keinen Glauben verdiene. Ihre Aussage sei durch diejenige anderer Zeugen nicht bestätigt worden, überdies habe sie gedroht, daß sie „dem Juden eins auswischen“ würde. Das Gericht erkannte auf volle Freisprechung. Durch die Sachverständigen sei glaubhaft gemacht, daß K. den Ohnmachtsanfall nicht selber herbeigeführt habe. Mißvergnügen zu erregen, seien seine Aeußerungen über die Generalmusterungskommission geeignet gewesen. Er habe sie aber nicht vor Kameraden, sondern vor einer Frau getan, mithin müsse er straffrei bleiben.

Aus aller Welt.

Ueber den Charakter der spanischen Epidemie widersprechen sich die Meldungen fortgesetzt. In der Schweiz liegen aus Frankreich Mitteilungen vor, wonach man dort außerordentliche Sorge wegen der Ausbreitung der Seuche in Südfrankreich äußert. An sich sind dort die sanitären Einrichtungen bei der Ueberfüllung der Städte sehr mangelhaft. Die Sterbefälle sollen sich auch an der Grenze Frankreichs jetzt außerordentlich vermehrt haben.

Freigegebene russische Eisenbahnstrecken. Wie die „Baltisch-Litauischen Mitteilungen“ berichten, sind die Eisenbahnstrecken Nowo-Swenzjany—Dünaburg, Wilejka—Molodetschno und Podbrodzie—Konstantinow für den öffentlichen Privatpersonen-, Gepäck-, Expreßgut-, Güter- und Tierverkehr freigegeben worden. Ferner ist für den Bezirk der Militäreisenbahndirektion 11 in Dorpat (Estland-Livland) und im Verkehr über Riga der öffentliche Güterverkehr freigegeben. Für die Abfertigung gelten die für die besetzten Gebiete des Ostens eingeführten privaten Gütertarife.

Jugendveranstaltungen.

Cöpenick. Sonnabend, den 8., und Sonntag, den 9. Juni: Nacht- und Tageswanderung nach Potsdam—Wildpark—Werder. Abfahrt: Sonnabend, abends 7.41 vom Bahnhof Cöpenick. Treffpunkt am Bahnhof.

Briefkasten der Redaktion.

K. 10. Sie müssen Erhöhung der Rente beantragen und zwar beim Bezirkskommando I, Berlin. — **R. H. 401.** Sie können jetzt nicht mehr Einspruch erheben, da die Frist verstrichen ist.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Mäßig warm, vielfach heiter, aber veränderlich.

Deutsches Theater. Allabendl. 8: Max Pallenberg in Familie Schimek.
Kammerspiele. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Inkognito. (Operette.)
Volksbühne, Th. a. Bülowpl. Untergrundb. Schönh. Tor. Allabendlich 7 1/2 Uhr: General Yorck. (Vaterland.)
Theater des Westens Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin.
Theater i. d. Königgrätzerstr. 1/2 8 Uhr: Die Schwestern und der Fremde.
Komödienhaus 1/2 8 Uhr: Die Zarin.
Berliner Theater 7 1/2 U.: Blitzblaues Blut.
Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. 7 3/4 Jugend 7 3/4 von Max Halbe. Sonntag 3 1/2, kleine Preise: Familie Hannemann.
Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7—9. Täglich 4 1/2 U.: Im Wolkentaxameter. Große Possen-Revue in 6 Bildern Dazu die großart. Spezialitäten

Theater für Freitag, 7. Juni.
Central-Theater 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin.
Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Zar und Zimmermann
Kleines Theater 8 Uhr: Aristid und seine Fehler.
Lustspielhaus 7 3/4 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof
Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Neues Operettenhaus 7 3/4 Uhr: Der Soldat der Marie.
Residenz-Theater 7 1/2 U.: Flimmerklärchen
Komische Oper 7 1/2 U.: Schwarzwaldmädel. Sonnt. 12 U.: Die goldene Eva. Sonnt. 3 1/2 U.: Die Kinokönigin.
Schiller-Theater O 7 1/2 Uhr: Der letzte Funke.
Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Das Gnadenbrot. Die Dienstboten.
Thalia-Theater 7 3/4 Uhr: Unter der blühenden Linde
Theater am Nollendorfplatz 7 3/4 Uhr: Das alte Jungfernstübchen
Wintergarten Gastspiel der Komischen Oper 8 Uhr: Ohne Männer kein Vergnügen.
Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Bachstelzchen. Gartenbühne 7 Uhr: Gr. Revue.
Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Donauliebchen. Gartenb.: Die lieben süßen Mädel.
Schweizergarten Am Königstor Am Friedrichshain 29—32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Sitzplätze. Saal für 1000 Personen Täglich: Konzert. Theater. Spezialitätenvorstellung. Anfang Wochentags 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.
Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant Sajdah Deutsche Tänze 7 1/2 Uhr. 2. 3. 4. 5. 6 M.

National-Theater 3/4 8 Mäuschen.
Circus **Busch** Nur noch kurze Zeit! Täglich 7 1/2 Uhr: Das große Abschieds-Programm und zum Schluß: Frühlingsspiele mit den lustigen Wasser-Szenen.
Trianon-Theater Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927. 2391 1/4 8 Zum 2.80 Male: Der Lebensschüler. Sonnabend 1/4 4 kleine Preise: Schneewittchen. Sonntag 12 U.: Johannisfeuer. Sonntag 4 Uhr: Gespenster.
Nutzhühnerzucht. Ein Buch für Anfänger. Mit zahlreichen Illustrationen. 1 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3 (Laden).

Innungs-Krankenkasse der Vereinigten Lackierer-Innung zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. November 1917 vom Vorstand und Ausschuß beschlossene erste Satzungsänderung ist am 1. Juni 1918 vom Königlichen Oberversicherungsamt Groß-Berlin genehmigt worden und trat am Montag, den 3. Juni d. J. in Kraft.
Die versicherungspflichtigen Mitglieder erhalten die Abänderung durch ihren Arbeitgeber, die versicherungsberechtigten Mitglieder dagegen im Kassenlokal. 268/12
Der Vorstand. J. A.: Otto Koch, Vorsitzender.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal 7 1/2 U.: Großes Blüthgen-Konzert.

Dura das unfehlbare Einmachemittel. In Drogen-, Lebensmittel-, Obst- und Gemüsehandlungen erhältlich. Marga-Gesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof

Was ist Troedahl?
Troedahl ist die neue von den Berliner Städt. Gaswerken geprüfte, gesetzlich geschützte Gassparvorrichtung für Stehlicht!
Troedahl spart 30—40%, bei tadellosem Licht!
Troedahl ist spielend leicht, ohne den Brenner zu ändern, anzubringen.
Troedahl reduziert die monatl. Gasrechnung ganz erheblich!
Gasstrafen ausgeschlossen!!
Preis 3 Stück M. 1.50 gegen Voreinsendung des Betrages per Nachnahme. Porto extra.
Wiederverkäufer hohen Rabatt.
Diese Vorrichtung liefere ich auch mit dazu passenden Strümpfen.
General-Vertreter für ganz Deutschland zur Herbstmesse in Leipzig:
Joseph Goldstein, Berlin N 37, Choriner Straße 62 r.
Postscheckkonto: Berlin 38610.

An Droschkenbesitzer, die selbst fahren, sind noch mehrere Pferde zu verleihen. Bedingungen einzusehen: Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft, Berlin W, Krausenstr. 10, 7332* und in den Omnibus-Depots: Gneisenaustr. 12—14, Wattstr. 22—24, Marienburger Str. 41—46.

Das Tränenhaus.

Nicht von dem Tränenhaus spreche ich, nach dem Gabriele Reuter einen vielgelesenen Roman genannt hat und der das Elend schildert, in dem uneheliche Kinder zur Welt kommen, weil ihre Mütter sich verkriechen müssen vor dem lieblosen Urteil der Welt. Heute gibt es andere Tränenhäuser, und der Jammer und die Tränen, von denen sie erfüllt sind, sind unendlich trauriger, als alles was je an Jammer und Tränen geschildert worden ist. Fast jeder größere Ort hat jetzt solch ein Tränenhaus. Es ist das Haus, wo alle die aus- und eingehen seit Kriegsausbruch, die zu allem Leid, das sie tragen, noch die bittere Not erleiden, daß mit der Trennung von dem Gatten, dem Vater, dem Bruder die Sorge um das tägliche Brot über sie gekommen ist. Wer seit Kriegsbeginn in dem Haus beschäftigt ist, wer bei der Auszahlung der Unterstützungen hilft, der weiß, daß da das Leid aus dem ganzen Ort zusammengetragen wird, daß die Flut der Tränen höher und höher steigt. Aber das Haus steht fest. Noch wanken die Mauern nicht, noch stürzen die Tragpfeiler nicht ein. Das Elend der Menschheit rührt die Steine nicht.

Im Anfang des Krieges, da hörte man noch Lachen und Plaudern. Die Frauen, es sind ja fast nur Frauen, die im Tränenhaus aus- und eingehen, selten daß ein alter Vater oder ein junger Sohn sich unter ihnen befindet, sie hatten die wahre Tragik des Krieges noch nicht erfaßt. Wohl war der Abschied schwer gewesen. Aber mit dem klingendem Spiel waren die Feldgrauen hinausgezogen Rosen trugen sie an den Helmen, Rosen an den Gewehren, selbst die totbringenden Kanonen waren mit Rosen geschmückt. Das war noch nicht der blutige Ernst, der, ach so bald, kommen sollte. Die Frauen sprachen, als ob noch Frieden wäre.

So kamen die ersten Briefe aus dem Feld. Eine erzählte mit Stolz von der französischen Batterie, die ihr Mann ganz allein erobert hätte, eine andere von dem Eisernen Kreuz, das der Sohn für seine Tapferkeit vor dem Feind verliehen bekam. Dann kamen die ersten Lazarettzüge mit Verwundeten. Nun hörte man im Tränenhaus allerhand grausige Schilderungen; von ausgestochenen Augen, von abgeschnittenen Fingern erzählten sie, und die schon überspannten Nerven erhitzten sich in glühenden Phantasien. Bald aber erschien die erste schwarzgekleidete junge Frau mit bleichem verweinten Antlitz und nun war es, als ob all die Frauen eine große Familie wäre, die einen geliebten Toten verlor. Alle weinten sie miteinander, um eigenes Leid, um fremdes Leid, das eine jede treffen konnte. Immer mehr Trauernde kamen, immer mehr Tränen flossen.

Was haben wir alle erlebt an Herzeleid, die wir den Frauen helfen sollten. Wieviel Einblick taten wir in vernichtetes Glück. Was schneidet mehr ins Herz, als der Jammer der alten Väter und Mütter, denen der Krieg in hoffnungsvollen jungen Söhnen den Trost und die Stütze des Alters nahmen? Alles haben sie hingegeben, alles entbehrt, damit die Söhne vorwärts kommen sollten. „Alle drei, alle drei", schreit eine alte Frau wie irrsinnig, „auch mein Karl, der war doch erst siebzehn Jahre alt, den müßt Ihr mir wiedergeben." Arme Mutter, wir können ihn dir nicht geben, wir können nur mit dir weinen, denn trösten können wir dich nicht. Oder ist der Jammer der jungen Frau größer, die immer wieder stöhnt: „Es kann doch nicht sein, ich kann doch nicht ohne ihn leben." „Du hast wenigstens Kinder", klagt ein Mädchen neben ihr, der der Krieg den Bräutigam genommen hat, die niemand sonst auf der Welt hat und ganz gebrochen ist. „Nicht einmal begraben hat man ihn", jammert wieder eine. „Ganz zerrissen hat es ihn, nichts ist mehr von ihm da, garnichts." „Hätte man mich nur hinfahren lassen", so klagt eine, der der Mann in einem Lazarett in Rußland gestorben ist. „Nicht einmal Abschied haben wir nehmen können und die Schwester hat geschrieben, immer hätte er nach der Für geschaut, ob ich nicht komme." Jetzt kommen zu allem noch die Nahrungssorgen. Früher hatte man doch noch Päckchen schicken können. Da gaben die Frauen einander gute Ratschläge, wie man Wollsachen strickt, wie man Kriegskuchen bäckt oder wo es besonders gute Zigarren gibt. Da wurden die Gedanken abgelenkt. Aber jetzt wird die Möglichkeit, Liebesgaben zu verschicken, immer geringer für die, die wenig Mittel haben. Und die Kinder machen so viel Sorge. Sie gehorchen nicht mehr, weil der Vater nicht mehr da und die Mutter so viel vom Hause fort ist, um zu ordnen. Oder sie gedeihen nicht recht, weil die Mutter sie nicht recht pflegen kann. Gar manche war noch eine blühende junge Frau, als sie zum ersten Male das Tränenhaus betrat. Die Jahre der Sorge, der Not, des Jammers haben weiße Fäden ins Haar gezogen. Die Haltung ist müde, gebrochen, die Züge sind schlaff und vergrämt. Die vielen Tränen haben den Glanz der Augen geblichen. So sehen sie aus, die vielgeschmähten Kriegerfrauen, die angeblich herrlich und in Freuden leben von ihrer Unterstützung, und die sich dem Leichtsinn ergeben haben. Auch von solchen weiß das Tränenhaus zu erzählen. Aber wie verschwindend klein ist ihre Zahl. Was bedeutet ihr Lachen gegenüber dem Jammer der vielen, vielen andern. Und immer weiter fließen die Tränen. Ein Meer ist es, das sich mit dem Meer von Blut vermählt, das in diesem Kriege schon vergossen ist und noch vergossen wird. Die Flut steigt zum Himmel, aber das Tränenhaus wankt nicht. Es wird noch stehen, wenn längst der Frieden gekommen ist. Hinführen aber soll man alle, denen der Krieg nicht lange genug dauert, die von dem Stahlbad des Krieges sprechen. Wer in dem Tränenhaus aus- und eingeht, der hat der Menschheit ganzen Jammer kennen gelernt; der wird nie wieder wirklich froh sein können. Zu tief lebt ihm im Herzen die Erinnerung an das Tränenhaus.

Anna Blos.

Sommerkälte.

Heinrich Heine hat einmal den deutschen Sommer mißmutig einen grün angestrichenen Winter genannt. Und in der Tat, bei einer Temperatur, wie sie uns die letzte Woche gebracht hat, ist es nur die Länge der Tage und die prangende Vegetation, die uns daran erinnert, daß wir kurz vor der Sommersonnenwende stehen. Die Wärme dagegen entsprach weit mehr dem Vorfrühling als dem Sommer, und die Nächte waren mit ihren weitverbreiteten, wenn auch meist leichten Frösten, geradezu winterlich kalt. Sowohl in der Nacht zum 4. wie zum 5. Juni sank das Thermometer in weiten Teilen des Landes unter den Gefrierpunkt; so wurden in der weiteren Umgebung von Berlin und im südlichen Teile der Provinz Brandenburg 1 bis 2 Grad Kälte verzeichnet, und in der Nähe von Potsdam sank das Quecksilber an einzelnen Stellen sogar auf 3 bis 4 Grad Kälte. Freilich handelte sich bei diesen außerordentlich niedrigen Temperaturen nur um Bodenfröste, während die Lufttemperatur oft nur wenige Meter über dem Erdboden bereits über dem Nullpunkt bleibt. Aber für die Feld- und Gartenfrüchte sind gerade diese Bodenfröste gefahrbringend, während den Obstbäumen gegenwärtig ein ganz leichter Frost keinen nennenswerten Schaden mehr zufügt.

Eine derartige Sommerkälte bildet, so abnorm sie ist, leider keine seltene Erscheinung. Es vergeht im Gegenteil kaum ein Jahr, in dem nicht hier und da Sommerfröste vorkommen, und Jahre, die völlig davon verschont bleiben, wie z. B. der vergangene, sehr warme Sommer von 1917, sind geradezu eine Seltenheit. Dabei mag hier von den Maifrösten völlig abgesehen werden; denn der Monat Mai gehört meteorologisch noch dem Frühling an, und er vergeht wohl niemals, ohne daß irgendwo in Mitteleuropa empfindliche Frostschäden vorkommen. Völlig frei von Frösten ist aber in unseren Breiten überhaupt kein Monat; selbst im Juli und August sinkt alle paar Jahre irgendwo in Deutschland das Thermometer unter Null. So erfroren nach Aufzeichnungen Otto Meißners in der Nacht vom 7. zum 8. Juni 1908 bei Drossen in der Mark Bohnen, Gurken und Kartoffeln; Anfang Juli des gleichen Jahres erfroren an mehreren Stellen in Landsberg a. d. Warthe die Kartoffeln. Im Jahre 1910 sank das Thermometer in der Nacht vom 20. zum 21. Juni, also der kürzesten des Jahres, an verschiedenen Stellen der Provinz Brandenburg unter Null und vielfach erfroren die Gurken. Im Jahre 1912 folgte einem sehr warmen Juli ein äußerst kalter August; am 5. August früh lag in England die Temperatur unter Null; die kleinen Seen hatten Eisdecken, und stellenweise war sogar nachts gefallener Schnee liegen geblieben. Auch im kalten Sommer 1913 sank das Quecksilber in der norddeutschen Tiefebene in allen drei Sommermonaten mehrfach bis auf 2 oder 1 Grad Wärme, jedoch nicht unter Null.

Die Entstehungsursache ist bei derartiger Sommerkälte stets die gleiche: Infolge vorangegangener starker Erwärmung bildet sich über dem Osten und Südosten Europas ein großes Gebiet niedrigen Luftdrucks, während der höchste Druck über dem Nordatlantik verlagert ist. Diese Gegenden sind entweder überhaupt noch nicht erwärmt, oder es ist dort durch das Auftreten bedeutender Eisberge zu starker Abkühlung gekommen, die eine Zunahme des Luftdrucks bedingt. Jedenfalls hat eine solche Luftdruckverteilung einen Zustrom kalter Winde aus der Polarregion nach Mitteleuropa zur Folge, die die niedrigen Temperaturen der arktischen Zone weit nach Süden, gelegentlich selbst bis über die Alpen hinaustragen. Sinnfällig läßt das ein Blick auf die Wetterkarten der letzten Tage erkennen. So war es in der ersten Hälfte dieser Woche in Nord- und Mittelschweden nicht kälter als in Mitteleuropa, beispielsweise hatte am 4. Juni Haparanda eine Morgentemperatur von 7 Grad, ebenso wie Hannover und Bromberg. Aber an vielen Orten Deutschlands war es an diesem Morgen noch kälter als am Polarkreise, und Memel hatte nur 8 Grad Wärme als Tagesmaximum der Temperatur, ebenso wie München.

Der Typus des Polarfrostes und damit der Sommerkälte herrscht gelegentlich wochenlang ohne jede Unterbrechung; meist dauert er acht bis vierzehn Tage. Aber er bildet trotzdem gewöhnlich nur eine unliebsame Einzelerscheinung innerhalb des klimatischen Bildes der Jahreszeit und wird oft deren Gesamtcharakter nur bei häufigerer Wiederholung entscheidend. Oft folgt, wie z. B. 1911, gerade in solchen Jahren auf lange Zeit hinaus warmes oder sogar heißes Wetter.

Postflug Wien—Kiew.

Im Kais. Aeroklub hielt am Dienstag Herr Kapeller einen Vortrag über seinen Flug mit dem Postflugzeug von Wien nach Kiew. Der Kurierdienst auf der zweigleisigen Bahnstrecke, die die Hauptstädte Oesterreichs und der Ukraine miteinander verbindet, läßt wegen der notwendigen starken Verkehrsbeschränkung viel zu wünschen übrig. Die k. k. Regierung hat darum einen Postflugdienst eingerichtet, der neben der amtlichen und diplomatischen auch private Post befördert. Er hat sich gut bewährt, er wird sich noch besser in Zukunft bewähren, wenn Apparate wieder gebaut werden können, deren Leistungsfähigkeit auf die friedlichen Anforderungen zugeschnitten ist. Die jetzt im Dienst stehenden Flugmaschinen sind veraltete Kampfflugzeuge, bei denen natürlich die Geschwindigkeit größer als die Ausdauer, die Gewandtheit größer als die Sicherheit ist.

Der Zeitvorsprung der Luftpost vor der mit der Bahn beförderten beträgt 40 Stunden auf der Strecke Wien—Kiew. Die Strecke ist in drei Etappen eingeteilt: Wien—Krakau, Krakau—Lemberg und Lemberg—Kiew. In Kiew und Lemberg findet Apparate- und Pilotenwechsel statt.

Herr Kapeller unterstützte seine sachlichen Schilderungen durch eine heitere Art, mit der er seine Gefühle wiedergab, die ihn bei seinem ersten Fluge beherrschten. Die Lichtbilder, mit denen er seine Eindrücke dem Auge lebendig machte, waren klar und scharf.

Notizen.

— **Theaterchronik.** Im Theater der Friedrichstadt gelangt ab Freitag Max Halbes „Jugend" neueinstudiert zur Aufführung.

— **Die Freie Sezession** wird das Ausstellungshaus auch am Sonntagnachmittag bis 7 Uhr offen halten. Soeben wurde ein neues Werk von Fritz Klimsch aufgestellt, eine Bronzebüste Ludendorffs, die der Künstler im Auftrage des Elberfelder Museums nach dem Leben geschaffen hat.

— **Die neuen polnischen Briefmarken.** Mit den erhöhten Postgebühren werden im Gebiete der deutschen Besetzung polnische, von polnischen Künstlern entworfene neue Postmarken eingeführt werden, die in der Staatsdruckerei zu Berlin gedruckt sind. Wie die Wochenschrift „Polen" berichtet, werden die neuen, in ihrer Form dem Typus der deutschen Marken sich nähernden Wertzeichen zwölf Abstufungen umfassen. Die Drei- und Fünf-Pfennigmarken zeigen auf braunem und grünem Hintergrunde einen polnischen Adler, der in abweichender Zeichnung auch auf den braun-grünen Fünfzehn-Pfennigmarken und den blauen Zwanzig-Pfennigmarken ersichtlich sein wird. Die violetten Siebeneinhalb-Pfennigmarken, die roten Zehn-Pfennigmarken und die grauen Marken für je eine Mark zeigen das Denkmal Sobieskis. Die dunkelgrünen Vierzig-Pfennigmarken zeigen einen Legionär zu Pferde und die braunen Sechzig-Pfennigmarken einen ackernden Bauern. Auf den dunkelgrauen Marken zu je zwei Mark ist ein Bauer abgebildet, der die Sense wetzt.

— **Der rumänische Schiebergeneral.** Das Jassyer Blatt „Arena" veröffentlicht folgende Anschuldigungen gegen den früheren Generalstabschef der rumänischen Armee, General Pressan: „Wir beschuldigen Sie, daß Sie, ein rumänischer General, Armeebefehlshaber und Chef des Großen Hauptquartiers der rumänischen Armee, der während der schwersten Zeiten die höchsten militärischen Stellungen innegehabt hat, sich folgendes haben zuschulden kommen lassen: Sie haben kurz vor Rumäniens Eintritt in den Krieg von dem österreichisch-ungarischen Militärattaché in Rumänien, Oberst Randa, verlangt und erwirkt, daß er Ihnen die Ausfuhr von sechs Ihnen gehörigen Waggonladungen Weizen erleichtert hat, Ihnen, der Sie doch in Ihrer Stellung genau das Datum unseres Angriffes kannten. Mit Hilfe österreichischer Behörden haben Sie diese Waggons weiter befördert und sie zu dem Preise von je 6000 Lei verkauft." — Geschäft ist Geschäft.

Lodz.

4] **Das gelobte Land.**

Roman von W. St. Reymont.

„Also Sie haben sich schon erklärt?" Ironisch blickte er den buckligen und recht lächerlich aussehenden Engländer an; sein Buckel erschien ihm jetzt ungeheuerlich, und er selbst erinnerte ihn an einen Affen, mit dem langen, hervorstehenden Kiefer und den breiten, beweglichen Lippen.

„So gut wie schon. Sonntags hat sie mir gesagt, wie sie die Wohnung eingerichtet haben möchte. Ich habe sie eingehend ausgefragt. Sie antwortete auf alles so, wie es Frauen tun, wenn es sich um ihre künftige Wirtschaft handelt."

„Das letztemal dachten Sie auch so."

„Ja, aber ich war nicht halb so sicher," beteuerte er innig.

„Na, wenn's so steht, dann gratuliere ich Ihnen. Wann wird man die Braut kennen lernen?"

„Das kommt schon, alles kommt schon mal."

„Ja, deshalb glaube ich auch, daß Sie schließlich und endlich doch mal heiraten werden," sagte er höhnisch.

„Vielleicht kommen Sie morgen zu mir, gut? Ich möchte unbedingt Ihre Ansicht hören über die Möbel."

„Gut."

„Aber wann?"

„Nachmittags."

Murray kehrte zu seinen Farben in das Laboratorium zurück, und Borowiecki lief weiter durch Korridore und Gänge in die Färberei. Ueberall standen mit von Wasser triefenden Waren bepackte Wägelchen herum. Es wimmelte von Menschen. Auf der Erde lagen Waren in großen Haufen, zum Verladen bereit.

Jeden Augenblick hielt man Borowiecki an, mit allen möglichen Anliegen. Er gab kurze Befehle, entschloß sich in allem schnell, informierte rasch, ab und zu sah er sich eine Farbenprobe an, die ihm ein Arbeiter vorzeigte und entschied kurz: „Gut", oder „noch mehr", und lief weiter, unter den Blicken unzähliger Arbeiter und in dem Lärm der Fabrik, die wie ein höllisches Chaos brauste.

Alles zitterte, die Wände, die Decken, die Maschinen, die Fußböden. Die Motoren rasselten, die Riemen und Transmissionen zischten, daß es einem ins Mark ging, die Wagen polterten auf dem Asphaltboden, die Schwungräder klirrten, die Triebräder knirschten. Schreie ertönten in diesem Meer sich brechender Schwingungen. Und der heulende Atem der Hauptmaschine dröhnte mächtig.

„Herr Borowiecki!" Er mußte seine Augen anstrengen, denn man konnte inmitten der Dämpfe, die die ganze Färberei einhüllten, fast gar nichts sehen, nur undeutliche Maschinenumrisse. Er wußte nicht, wer ihn rief.

„Herr Borowiecki!"

Jemand faßte ihn am Arm. Er zuckte zusammen.

„Ach, der Herr Rat," flüsterte er, als er den Fabrikbesitzer erkannte.

„Ich renne Ihnen nach, aber Sie laufen gut."

„Die Arbeit, Herr Direktor."

„Ja, ja, ich verstehe das. Todmüde bin ich." Er hielt ihn am Arm fest, schwieg und atmete tief vor Ermüdung.

„Geht's, wie?" fragte er nach einer Weile.

„Es macht sich," warf Borowiecki kurz hin und ging weiter.

Der Fabrikant ließ sich, Borowieckis Arm festhaltend, langsam mitschleppen. Er stützte sich auf einen dicken Stock, schaute vorgebeugt mit seinen runden, roten Habichtsaugen umher und hob sein großes, glänzendes, rundes Gesicht, das ein kleiner Backenbart und ein glatt gekämmter Schnurrbart umrahmte.

„Sagen Sie mal, arbeiten die Watsons gut?"

„Fünfzehntausend Meter drucken sie täglich."

„Wenig," murmelte er leise und ließ Borowieckis Arm los. Er setzte sich auf einen Wagen, der mit rohem Perkal gefüllt war, zog seinen dicken Kaftan zurecht und blieb, auf seinen Stock gestützt, so sitzen.

Borowiecki ging rasch zu den Färberbottichen, über denen auf Walzen aufgewickelte Stoffballen sich drehten und in die Farben tauchten, Gesicht und Hemden der Arbeiter anspritzend. Jene standen regungslos da, mit den hohlen Händen immer wieder das Wasser aus den Bottichen schöpfend, und schauten hinein, ob es noch Farbe enthielt, die der Stoff aufsaugte.

Die langen Reihen der Walzen drehten sich beständig im Kreise, mit ermüdender Gleichmäßigkeit. Langgedehnte, verworrene Stoffknäuel schwammen in den Farben, und rote, himmelblaue und ockerfarbene Flecken leuchteten aus dem Nebel auf.

Auf der anderen Seite, hinter einer Doppelreihe von Eisenpfeilern, die, im ganzen Saal verteilt, die oberen Stockwerke stützten, standen die Spieltröge: weite, lange Kästen, mit siedendem, von Soda schäumendem Wasser, mit mechanischen Wäschern, Wringmaschinen und Seifen, durch die die rohen Stoffe hindurchgezogen wurden. Die Spritzer des durch die Klopfer aufgewirbelten Wassers sprühten im ganzen Saale herum und bildeten über den Wäschereien eine so dichte Wolke, daß die Lichter kaum wie Spiegelreflexe leuchteten. Die mechanischen ‚Auffänger' schwirrten. Sie nahmen die gewaschene Ware auf gekreuzten Armen ab und gaben sie an die Arbeiter weiter, die sie wiederum mit dünnen Stangen in große Falten zusammenlegten und auf die fortlaufend herangeschobenen Wägelchen aufluden.

„Herr Borowiecki!" rief der Fabrikant zu einem Schatten, der aus dem Nebel hervordrang. Es war aber nicht Borowiecki.

Er erhob sich und schleppte seine kranken, rheumatischen, angeschwollenen Beine durch den Saal. Wollüstig bewegte er sich in dieser glühenden Atmosphäre, badete seinen kranken Körper in dem mit Dunst, scharfem Farbengeruch und Wasser, das aus den Spülern und Bottichen aufspritzte, angefüllten Saal. Das Wasser trieste von den Wägelchen und klatschte unter den Füßen, von den Decken fiel der Dampf in Strömen fast herab.

Das furchtbare Gerassel der Zentrifuge, die das Wasser aus dem Stoff preßte, drang wie eine zitternde Klage durch die ganzen Säle, bohrte sich in die Nerven der Arbeiter, die das Ueberwachen der Maschinen völlig aufrieb, und zerschellte an den farbigen, wie Flaggen hin und her wehenden Stoffen in den ‚Auffängern'.

Borowiecki war jetzt in dem anstoßenden Raum, wo auf einer niedrigen englischen Maschine alten Systems ein ordinärer schwarzer Stoff für Herrenanzüge gefärbt wurde.

Durch die unzähligen Fenster drang der Tag herein und legte grünliche Töne auf den schwarzen Dunst und die wie Basaltsäulen regungslos dastehenden Arbeiter. Mit verschränkten Armen schauten sie auf die Maschinen, durch die Tausende von Metern durchgezogen wurden, von den schäumenden, spritzenden, schwarzen Farben zerfressen.

Die Mauern zitterten ohne Unterlaß. Die Fabrik arbeitete mit allen Muskeln.

Die an den Mauern angebrachten Aufzüge verbanden die unteren Räume der Fabrik mit den vier oberen Stockwerken; jeden Augenblick erscholl in einer anderen Ecke des Saales dumpfes Gerassel: die Aufzüge entleerten und verschlangen Wagen, Waren und Menschen. (Forts. folgt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dreher

Otto Pflüger

am 31. Mai an Herzleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Brik, Chausseestraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gießereiarbeiter

Otto Wallun

am 2. Juni an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Weißensee, Falkenberger Straße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet. 113/3

Ehre ihrem Andenken!

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Gustav Lawerenz

am 1. Juni an Tuberkulose gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Juni, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weißensee, Rölckestraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor Sprechst. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

---

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Filiale Berlin.

Am 5. Juni verstarb nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege

Anton Mordasini

im Alter von 50 Jahren an Nierenleiden.

In seiner 28jährigen Mitgliedschaft war er uns stets ein treuer Mitarbeiter und Förderer unserer Organisation. Wir verlieren in ihm einen treuen Freund und Kollegen. 99/4

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Königstor, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
Der Filialvorstand

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.
Zentralverwaltung.

Am 5. Juni starb plötzlich und unerwartet nach kurzem Krankenlager unser braver und lieber Kollege

Anton Mordasini

Mitglied des Zentralvorstandes.

Während seiner 28jährigen Mitgliedschaft hat er stets im Interesse der Organisation gewirkt. Die letzten Jahre im Zentralvorstand tätig, verlieren wir in ihm einen guten Mitberater und werden ihn schwer vermissen. In Anbetracht seiner Verdienste werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 99/5

Der Zentralvorstand.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 1. bis 1 und 5—8. Sonnt. 11—1

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.

Nachruf.

Am 5. April verstarb unser Mitglied

Oskar Hartmann,

am 23. Mai unser Mitglied

Paul Müller,

am 27. Mai unser Mitglied

Paul Hester,

am 28. Mai unser Mitglied

Wilh. Lehmann,

Ehre ihrem Andenken!

53/4 **Die Ortsverwaltung.**

Heute morgen um 2 Uhr verschied nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Zigarrenfabrikant

Ferdinand Ehlert

nachdem er sich kaum in seinem neuen Heim eingelebt hatte, im Alter von 65 Jahren.

Um stille Teilnahme wird gebeten. 1989

Wotenick, den 4. Juni 1918.

Frau Wwe. Emma Ehlert,
Georg Ehlert,
Paul Ehlert,
Fritz Ehlert.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. Juni 1918, 3 Uhr nachmittags, in Wotenick bei Demmin statt.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl
Spr. 10—1u. 5—8, Sonnt. 10—1

Zahngebisse,
Platin, Gr. 7,60, Ketten, Ringe, Bestecke kauft
Frau Wagner,
Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz).

Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Dem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Franz Hippler

Treskowstr. 56, Bezirk 3,

am 5. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 8. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/17, statt. 73/8

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Statt Karten.

Danksagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die vielen Kranzspenden anläßlich des Hinscheidens meiner herzensguten, inniggeliebten Frau, unserer lieben Mutter 64/11

Pauline Klepzig

sagen wir auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mietern des Hauses unseren tiefempfundenen Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Haecker für die trostreichen Worte am Sarge der teuren Entschlafenen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Paul Klepzig u. Kinder.

Wir kaufen gebrauchte
Bindfaden
Zelluloid-, Film-, Hartgummi-, Wachswalzen-, Schallplatten-Abfälle
Ordower G. m. b. H., Georgenkirchstr. 50 (b. Alexanderplatz),
Friedrichstraße 45
Ecke Zimmerstraße.
9—12½, 2½—6½

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstraße 83—85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 9. Juni 1918, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in d. Emaillierbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 3.

Tagesordnung:
1. **Die Lohnbewegung in der Metallindustrie.**
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten u. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

113/4 **Die Ortsverwaltung.**

Dem Pneu gleichwertig
Elastisch / Geräuschlos / Sofort lieferbar
Saubere Arbeit / Grosse Haltbarkeit
Tausende im Gebrauch

BALLINIT

Reifenfabrik G. m. b. H.
Berlin SW 61, Waterloo-Ufer 19
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 3038

Ein
wirtschaftlicher

Aufschwung

unseres Handels u. der Industrie wird die Folge dieses Krieges sein. Eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten öffentlich. Lebens steht bevor und unzählige Stellen werden neu zu schaffen sein. Es werden daher überall

geprüfte und geschulte

Kräfte gesucht

sein. Beamte, Lehrer, Angestellte d. Handels u. d. Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch u. gründlich, ohne Lehrer, durch einfach. Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung u. das Abitur.-Examen nachzuholen od. die fehlenden kaumänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortr. Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methode „Rustin".

Ausführl. 60 S. starke Broschüre kostenlos durch
Bonness & Hachfeld,
Potsdam, Postfach 224.

Tabak-
Pflanzen, kräftige, 50 Stück 7,50, 100 St. 12 M. Kulturanweisung und Anleitung über Behandlung des Rohtabaks sowie Zigarrenfabrikation wird jeder Sendung beigegeben 7492*
Joh. Knizel,
Calau N.-L., Stolle 3.

Seefahrtspersonal!
Junge Leute oder Handwerker aller Berufe, die militärfrei sind und zur See fahren wollen, erhalten Rat und Auskunft briefl. Schreiben an **Seemannsruh,** Auskunftsstelle f. Schiffspersonal, **Kiel.** 7312*

Verkäufe

Pelzgarnierung aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Uhrenverkauf, Silbertaschen. Leihhaus, Warschauerstr. 7. *

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101R*

Leiterhandwagen, Kastenhandwagen, extrastabil und dauerhaft, Auswahl Holzräder. Landsbergerstraße 19, Schmiede. 87R*

Maschinen, Ersatzteile und Zubehör. Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22. 184R*

Holzräder aller Größen, Lehrlingswagen, eigenes Fabrikat, billig. Meldisch, Brunnenstraße 98. 107R*

Leiterhandwagen, größte Auswahl, Holzräder. Kowalski, Schönhauser Allee 43. 2346b*

Geschäfte. Die hygienische Forderung. Ein Buch über gesundheitsgemäße Lebensführung. (Maurer Bücher.) Preis 1,50 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3, Laden.

Teppiche, Bettvorleger, Diwandecken, Tischdecken, Tüllstores. Potsdamerstraße 109, Fischer. 116R*

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat Wagner, Cöpenickerstraße 71. 121R*

Schlosserwerkzeug, diverses neu, mit Schrank 160,—, elektrische Tischlampe 15,—, elektrische Christbaumbeleuchtung 40,—, Schreibpult 20,—, drei Kisten, mittelgroße, 10,— verkauft Höffler, Marsiliusstr. 23, rechter Seitenflügel, Keller. Freitag früh ½8—½10. Händler verbeten. †188

Möbel

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Sonntags 8—10 geöffnet. 166R*

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Liefere auch nach auswärts. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. Blaue Schilder beachten. Sonntags 8—10 geöffnet. 66R*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 138R*

Speisezimmertisch (Nußbaum), eine weiße, lackierte Holzgarnitur (Damenzimmer), eine Zuschneidemaschine (Kreismesser) für Konfektion zu verkaufen. Langer, Pankstraße 31, vorn 1 Treppe. †171

Musikinstrumente

Piano, Nußbaum, kreuzsaitig, 1300, verkauft Schüßler, Schwartzkopffstraße 5, Laden. 64/10

Friedenspiano, elegantes, schwarzes, 1600,—, Nußbaumpiano, einfacheres mit Elfenbeintasten, 875,—, verkauft Ernst, Oranienstraße 166, III. 118R*

Pianinos, billigste Gelegenheiten, 700,00 aufwärts. Blüthnerpianos, Bechsteinpianos, Schwechtenpianos, Biesepianos, Duysenpianos. Krüger, Neue Königstraße 31 (Alexanderplatz). 216/1*

Mandoline, Gitarre, Laute, Wandergitarre, Wandermandoline 35,—, erstklassige 85,—, Unterricht 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Künstlervioline mit Etuis 85,—. Ernst, Oranienstraße 166, III. 119R*

Kaufgesuche

Spiralbohrer, jeden Posten kauft Wagenbauanstalt Otto, Oranienstraße 173. 29R*

Weißlacke, Borax, Paraffin und ähnliches kauft bestzahlend Wolter, Thaerstraße 6. 15R*

Pfandscheine kauft und beleiht Leihhaus, Friedrichstr. 55. 177R*

Lacke für helle Ware bis 18,— Mark, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Nollendorf 2379.) 240/5*

Fahrradankauf. Schwandke, Linienstraße 19. 53/15*

Spiralbohrer! Jede Dimension, jedes Quantum kauft Hecht, Beusselstraße 3. 117R*

Metallschmelze. John kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 260R*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Elektrische Leitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft Bartelt, Prenzlauerstraße 13, 2 Treppen, am Alexanderplatz. 63/3*

Klavier oder Flügel sucht Drescher, Neukölln, Delbrückstraße 57, III. Preisangabe erbeten. 119R*

Wachswalzen und Abfälle kauft jedes Quantum zu guten Preisen. Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 3a. 161R*

Hartgummiabfälle kauft jeden Posten zu guten Preisen Nachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161R*

Windscheidstraße 3a, Charlottenburg, kauft mit Genehmigung jedes Quantum gebrauchte und neue Weinkorke, Sektkorke, Korkabfälle zu guten Preisen. 161R*

Piano sucht Janczak, Lüneburgerstraße 7, Gartenhaus IV. Preisangabe erwünscht. 119R*

Schellack, Leim, Wachs, Holzschrauben kauft Schneider, Neanderstraße 24. 35R*

Tafelklavier oder Piano kauft Frau Wernicke, Neukölln, Jonasstraße 43, III. Preisangabe. 119R*

Unterricht

Mandolinenspiel, Gitarren-, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Lehrinstrumente billigst, Klavier-Violin-Schnellkurse. Ernst, Oranienstr. 166. 119R*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swiento, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schleifer für Steindruckerei gesucht. Pharus-Verlag, Lindenstraße 3. 2399b

Portierleute für mein Haus am Kaiserplatz in Wilmersdorf (am Stadtbahnhof) 1. Juli gesucht. Meldung an Julius Haenel, Friedenau, Rheinstr. 2. 38R

Frauen zum Austragen von Zeitungen sofort verlangt. „Berliner Tageblatt" Frankfurter Allee 320 und Große Frankfurterstraße 101. 63/13*

Spitzendecken. Zum Verputzen von Spitzendecken und Handstickereien geschickte junge Mädchen, die mit Handarbeiten vertraut, sofort gesucht. Benno Franken u. Co., O. 27, Magazinstraße 7. 2403b

Kontoristin für Schreibmaschine und Stenographie verlangt Film-Atelier Memelsdorf, Friedrichstraße 212. 38R

Wir suchen für unseren Betrieb 12/1*

ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter

in größerer Zahl, ferner

Dreher,
Schlosser,
Lokomotivführer,
Rangierer, Heizer,
Rottenführer u. Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz.
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Tüchtige Automobil-Reparaturschlosser
für sofort gesucht. 735L*
Loeb-Werke Aktiengesellschaft, Charlottenburg, Fritschestraße 27—28.

Zeitungsträger
für den „Vorwärts" wird eingestellt. Passend für Invaliden.
Seifel, Lichtenberg,
Wustenbergstr. 1. *
Meldezeit 11-1½ u. 4½-7 Uhr

Schuhmacher
zum Aufsohlen für Reparaturen verlangt, kriegswichtiger Betrieb. Berliner Schuhbedarfsgesellschaft, Cöpenicker Straße 71. 2404b

---

Mehrere 100
Arbeiter,
nicht wehrpflichtige Leute, für außerhalb gesucht. Zu melden bei **Carl Brandt,** Berlin W 9, Schellingstraße 7. [*

Geübte Couvertarbeiterinnen,
auch für Heimarbeit, und **Gummiarbeiterinnen** suchen
Schwan & Co., Alte Jakobstraße 23/24.

Kräftiger Hausdiener
für Handwagen verl. [7472
Otto Richter, Kurfürstenstr. 15/16

Arbeitersekretär gesucht.

Im Arbeitersekretariat Dessau i/Anhalt ist die Stelle des Arbeitersekretärs neu zu besetzen. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse unter Hinzurechnung einer 30prozentigen Teuerungszulage. Anstellungsjahre werden angerechnet. Der Antritt soll spätestens am 1. August 1918 erfolgen, reflektiert wird nur auf eine tüchtige Kraft. Bewerber wollen unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, ihrer Familien- und Militärverhältnisse ihr Bewerbungsschreiben mit der Aufschrift Bewerbung bis spätestens zum 20. Juni cr. an

Otto Fischer,
Dessau, Askanischestr. 107,
einsenden. 286/3*

Hausdiener und Burschen verlangt **A. Wertheim,** Rosenthalerstraße. Meldung von 9—11 u. 5—7 Uhr bei der Hausaufsicht im Keller. 64/9

Putzer gesucht. 5802*
Hartung Aktiengesellschaft, Berlin Lichtenberg, Herzbergstraße 122/124.

Tüchtige, ältere
Dreher,
aber auch nur solche, werden sofort eingestellt bei
Maschinenfabrik Karl Vogeler,
Berlin, Alt-Moabit 1, *
am Lehrter Hauptbahnhof.

Klempner
auf Bierdruckapparate, Büffetteinlagen usw., sowie auch auf Wasserleitung- u. Klosettanlagen stellen sofort ein 7482*
H. Denecke u. Co., G. m. b. H., Berlin-Lankwitz, Charlottenstr. 47.

Anlegerin
für **Tiegeldruck** suchen [2402b
Schwan & Co., Alte Jakobstraße 23/24

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"

werden eingestellt in folgenden Filialen:

Berlin: Markusstr. 36, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Neukölln: Siegfriedstr. 28/29.
Tempelhof: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11.

Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Erdarbeiter

für dringende auswärtige Heeresbauarbeiten sucht
Bauunternehmung **Leonhard Moll, München-Berlin.**
Anmeldungen: Berlin O, Koppenstr. 5. [23845*

Tüchtige Mechaniker

sucht dauernd
C. Lorenz, Aktien-Gesellschaft,
Abt. Drahtlose Telegraphie,
Tempelhof, Lorenzweg, an der Ordensmeisterstraße.
Meldungen im Betriebsbureau. 64/80*

Tüchtige Werkzeugmacher, Werkzeugdreher, Einrichter für Pittler-Revolverbänke, Bohr- und Fräsmaschinen sowie kräftige Revolverdreherinnen suchen
R. Stock & Co. A.-G.,
Berlin-Marienfelde, Abt. Zit. 721L*

Tüchtige gelernte 7362*
Dreher sowie Bohrwerksdreher
auf Automobil- und Flugmotorenteile stellt sofort ein
Loeb-Werke Aktiengesellschaft,
Charlottenburg, Fritschestraße 27/28.